

**Protokoll**

der 28. Sitzung

(öffentlich)

der Enquete-Kommission

„Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“

am Montag, dem 18. Februar 2002, Beginn 11.00 Uhr,

Plenarbereich Reichstagsgebäude, Raum 3 S 001

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Vorsitz: Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD)

Tagesordnung:

Seite

**Thema "Globalisierung und Gender"**

1. Makroökonomie und makroökonomische Wirtschaftspolitik aus einer Gender-Perspektive  
Referentin: Prof. Dr. Diane Elson, University of Essex,  
Vereinigtes Königreich
2. Die Auswirkungen des Freihandels auf Frauen in der Welt  
Referentin: Dr. Mariama Williams, Center of Concern,  
Washington, D.C., USA
3. Ernährungssicherheit und "Human Security" in Afrika  
Referentin: Dr. Achola Pala Okeyo,  
UNDP Africa Bureau, New York, USA
4. Die Situation von Frauen auf dem deutschen  
und osteuropäischen Arbeitsmarkt  
Referentin: Prof. Dr. Friederike Maier,  
Fachhochschule für Wirtschaft Berlin
5. Chancen und Herausforderungen einer zukunftsorientierten

Entwicklungsfinanzierung aus einer Gender-Perspektive  
Referentin: Prof. Dr. Maria S. Floro, American University  
Washington D.C., USA

6. Mainstreaming Gender in internationalen Institutionen  
(v.a. Weltbank) unter Berücksichtigung der Themen  
Terror und Gewalt nach dem 11. September 2001  
Referentin: Dr. Caroline Moser, Senior Research Associate,  
Overseas Development Institute London und  
Visiting Professor, New School University, New York
7. Die Auswirkungen der Globalisierung auf Menschenhandel und Zwangsprostitution in Indien  
Referentin: Prof. Dr. Pawan Surana, Maharani College,  
Jaipur, Indien

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste. Er beginnt mit einigen Kurznachrichten. Zum Thema GATS und Liberalisierung von Dienstleistungen werde der DGB einen Workshop am 19. März veranstalten. Zum Thema Gender Budgets, Finanzmärkte und Entwicklungsfinanzierung fand am 19. und 20. Februar eine internationale Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung im Abgeordnetenhaus zu Berlin statt.

Der Vorsitzende bedankt sich sehr herzlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung (insbesondere Frau Annekathrin Linck) für die exzellente Kooperation mit der Enquete-Kommission, nicht zuletzt auch durch die Übernahme von Flugkosten. Er bedankt sich bei einem Mitglied der Enquete-Kommission, bei Prof. Dr. Brigitte **Young**, für ihren unermüdlichen Einsatz dafür, dass das Thema Gender ein hohes Profil in der Enquete-Kommission innehat.

Der Vorsitzende begrüßt nunmehr die Referentinnen und stellt sie vor. Er weist darauf hin, dass **Prof. Dr. Friederike Maier** anstelle von **Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel** (Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) und Institut für Soziologie, Humboldt-Universität zu Berlin) referiert, da Prof. Nickel neu als Staatssekretärin in Berlin berufen wurde. Der Vorsitzende bedankt sich bei **Prof. Maria Floro** die in modifizierter Form das Referat von **Pregs Govender** übernommen hat, Abgeordnete des Südafrikanischen Parlaments und Vorsitzende der parlamentarischen Kommission zur Situation der Frauen, da sie heute eine wichtige Anhörung leiten müsse zum Thema AIDS und Vergewaltigung von Mädchen. Nach der Vorstellung erteilt der Vorsitzende Prof. Dr. Diane Elson das Wort.

**Prof. Dr. Diane Elson** dankt für die Einladung. Sie wurde gebeten über die *Ma-kroökonomie und die makroökonomische Wirtschaftspolitik aus einer Gender-Perspektive* zu sprechen. Sie beginnt mit der Definition von *Gender* als ein System der gesellschaftlichen Differenzierung die Männern und Frauen unterschiedliche Rollen zuschreibe auf eine Art und Weise die sehr oft einen Nachteil für die Frauen dar stelle.

Der übliche konzeptionelle Rahmen und die Statistiken mit dem die makroökonomische Politik erfasst werde seien *gender-blind*. Die Beiträge der Frauen zur Wirtschaft würden unterschätzt. Es bestehe ein ausgedehnter Bereich unbezahlter Versor-

gungswirtschaft, in der Frauen einen großen Teil der Arbeit übernehmen um das soziale Gefüge und die soziale Kohäsion, die mitmenschliche Verantwortung und gute Nachbarschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Aus der Gender-Perspektive betrachtet, seien in der Makroökonomie einige nicht-Marktprozesse sehr wichtig für das Funktionieren einer Wirtschaft. Die finanzielle Liberalisierung schaffe neue Hindernisse für diejenigen, die diese unbezahlte Versorgungswirtschaft erbringen. In Prof. Dr. Diane Elsons Bericht beschäftigt sich Teil I mit der Steuer- und Geldpolitik und ihrem Bezug zu Gender, Teil II analysiere Gender und die finanzielle Liberalisierung. Prof. Dr. Diane Elson beginnt zunächst mit dem *Verhältnis von Gender und der Geldpolitik*. Die Arbeit der Frauen werde weniger mit in die wirtschaftlichen Statistiken eingerechnet als die Arbeit der Männer, denn ein Großteil der Arbeit der Frauen sei nicht marktorientiert. Es gebe drei wichtige Arten der marktfremden Arbeit, die Bedarfsproduktion, die unbezahlte Pflegearbeit in Familien und für Freunde und die freiwillige kommunale Arbeit. Sowohl Männer als auch Frauen seien in diesen drei Bereichen tätig, aber vor allem im Bereich der unbezahlten Pflegearbeit und der freiwilligen Gemeindearbeit seien es eher die Frauen die hier auf der ganzen Welt tätig sind. Seit Mitte der 90er Jahre existierten in vielen Ländern Studien und Statistiken die diese Arbeit klar ersichtlich aufzeigen. Aber die Statistiken selbst können nicht aufzeigen welche Politik hier geeignet sei, es müsse darüber hinaus der konzeptuelle Rahmen betrachtet werden, der angewandt werde um die Steuer- und Geldpolitik zu erarbeiten.

Der konzeptionelle Rahmen der Finanz- und Geldpolitik basiere auf der Sichtweise einer von marktorientierten Firmen bestimmten Wirtschaft, Haushalte seien keine Produzierende sondern nur Verbrauchende. Ersparnisse und Investitionen würden gleichgesetzt. Das natürliche Kapital oder die Arbeit, das Humankapital und das soziale Gefüge, von manchen auch soziales Kapital genannt, werde als gegeben angesehen, es werde keine Arbeit benötigt um diese Ressourcen zu erhalten. Die marktfremde Arbeit werde außerhalb der Produktion gesehen und deshalb bei der Entwerfung der Steuer- und Finanzpolitik nicht betrachtet. Diese Annahmen würden gegenwärtig von vielen Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern hinterfragt.

Prof. Dr. Diane Elson führt eine Gender-Perspektive in diesen Rahmen ein in dem keine Menschen, sondern Aggregate betrachtet würden und deswegen nicht zwischen Frau und Mann unterschieden werde. Eine Gender-Perspektive in der Makroökonomie betrachte diejenigen Sektoren, die wichtig seien für das Funktionieren einer Wirtschaft, und rechne zum privaten und öffentlichen Sektor den häuslichen und den freiwilligen Sektor hinzu. Der Wohlstand eines Landes hänge von allen vier Sektoren ab und alle vier Sektoren seien interdependent. Der Privatsektor könne nicht Wohlstand schaffen, wenn nicht der öffentliche Sektor, d.h. die Regierungen, Gemeinden und Familien, ebenfalls Wohlstand schaffe für den Privatsektor, da das Humankapital und das soziale Kapital besonders wichtig seien. Die unbezahlte freiwillige Arbeit und Pflegearbeit der Frauen sei von außerordentlicher Wichtigkeit für die Schaffung von sozialem Kapital. Es bestünde auch ein wirtschaftlicher Unterschied zwischen der Pflege von alten Leuten oder Kindern die bezahlt würde im öffentlichen Sektor und der Pflege der eigenen Kinder oder älteren Familienangehörigen. Die Pflegekosten für ältere Menschen und Kinder im privaten und öffentlichen Sektor erschienen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und bestimmten auch die Politikentscheidungen, aber nicht die Kosten für unbezahlte Pflege älterer Menschen und Kinder im häuslichen Sektor. Diese unbezahlte Pflege führe zu Kosten an Zeit und Energie von denjenigen die diese Pflege durchführen. Wenn die unbezahlte Pflege als unendliches freies Gut gesehen werde entstünden negative Auswirkungen auf den privaten und öffentlichen Sektor, die deren Produktivität reduziere und deren Kosten erhöhe, beispielsweise

geringere Produktivität aufgrund von größeren Fehlzeiten oder starken Fluktuationen, Gesundheitsproblemen und Stress derjenigen die diese unbezahlte Pflege zur Verfügung stellen. Bei zu sehr Belastung könne weniger Human- und Sozialkapital zur Verfügung gestellt werden.

In den konventionellen makroökonomischen Modelle fehlten diese Zusammenhänge. In Westeuropa habe der öffentliche Sektor im zweiten Teil des 20. Jahrhunderts die unbezahlte Pflegearbeit im häuslichen und freiwilligen Bereich mit öffentlichen Dienstleistungen und Einkommenstransfers unterstützt. Historisch gesehen ging die Verbesserung der Situation der Frauen immer Hand in Hand mit der Bereitstellung dieser Unterstützung. Diese Unterstützung wird jedoch durch *drei* einseitige

Denkausrichtungen bzw. Schieflagen (*bias*) verzerrt, dem Prinzip des Manns als Ernährer (*male breadwinner bias*), die deflationäre Ausrichtung (*deflationary bias*) und die Privatisierungsausrichtung (*privatisation bias*).

Der *male breadwinner bias* trete auf wenn der öffentliche Sektor seine Unterstützung für die unbezahlte Pflege darauf aufbaue dass die unbezahlte Pflege von Frauen erfolge die von Männern abhängig seien. Durch diese einseitige Vorstellung (*bias*) erfolge der Zugang von Frauen zu Sozialversicherungen, Pensionen und Wohlfahrtsleistungen meist über ihre Männer. Das Einkommen von verheirateten Frauen wird aus steuerrechtlichen Gründen meist mit dem ihrer Männer zusammengelegt und die Arbeitgeber meinten sehr oft dass ein normaler Arbeiter keine unbezahlte Pflege leisten müsse und die Arbeitsplätze seien entsprechend ausgerichtet. Durch diesen *bias* seien wenig verheiratete Frauen auf dem Arbeitsmarkt tätig und wenn dann nur als Zweitverdienerin mit Arbeitsplätzen die wenig Einkommen und wenig Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Dieses Denksystem (*bias*) entstand in den 50er Jahren, in denen viele europäische Wohlfahrtsstaaten aufgebaut wurden rund um das Bild des Arbeiters und seiner Frau. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts betraten immer mehr Arbeiterinnen den Arbeitsmarkt und der *bias* wurde bedeutend abgeschwächt, dennoch existiert dieser in vielen Ländern weiter. Er wird durch die zwei anderen *biases* verschärft die in den 50ern noch nicht existierten, und vor allem in den 80ern und 90ern stärker wurden.

Der *deflationary bias* setze die Priorität auf geringe Inflation, geringe öffentliche Verschuldung und geringe öffentliche Ausgaben. Eine niedrige Priorität werde der Vollbeschäftigung, hohen öffentlichen Investitionen und der Verbesserung der Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen eingeräumt. Dies prägte den institutionellen Rahmen der makroökonomischen Politik in vielen Ländern. Die Notwendigkeit einer ausgeglichenen Haushaltspolitik zwinge viele Regierungen dazu öffentliche Ausgaben zu kürzen während der Wirtschaftszyklus sich gleichzeitig ebenfalls nach unten entwickle. Stabilitätsrahmen, die das Verhältnis des Haushaltsdefizits zum Bruttoinlandsprodukt festlegten, führten ebenfalls zur Kürzung öffentlicher Ausgaben. Diese Vorgaben vertieften die globale Rezession, folgert Prof. Dr. Diane Elson. Sie unterminieren den Lebensunterhalt von Männern und Frauen und werfen Menschen in die marktfremde Wirtschaft zurück. Durch den *male breadwinner bias* würden Arbeits-

plätze von Männern als wichtiger betrachtet, und Frauen würden als erste entlassen. Die Erwerbslosigkeit von Frauen sei höher als diejenige von Männern, während sie gleichzeitig weniger Zugang zu Sozialleistungen hätten. Frauen seien oft diejenigen die das allerletzte Sicherheitsnetz für ihre Familien darstellten, sie kümmerten sich um die Ernährung der Kinder, pflegten kranke Familienmitglieder und müssten sehr oft ihre Männer auffangen die nach der Entlassung ihr gesamtes Selbstwertgefühl verloren haben. Gleichzeitig werden öffentliche Dienstleistungen und Einkommens-transfers gekürzt, die Frauen bei diesen Aufgaben unterstützt hätten. Die sichtbarsten Kosten des deflationary bias sei die zunehmende Erwerbslosigkeit, aber langfristig wichtig ist die Abnahme an Human- und sozialem Kapital.

Als dritte Verzerrung spricht Prof. Dr. Diane Elson den *privatisation bias* an. Nicht jede Privatisierung sei verfehlt (biased), aber manche unterlägen einer verfehlten Sichtweise von Effizienz. Es sei wichtig holistische Effizienzmaßnahmen anzuwenden, die alle betroffenen Kosten und Nutzen berücksichtigen, die Haushaltskosten sowie nicht-monetären Kosten, nicht nur die Marktkosten und -nutzen. Bei ausschließlicher Betrachtung der Marktkosten erscheine die Privatisierung als effizient. Es entstünden jedoch versteckte Kosten für den Haushalt, die in keinen Rechenschaftsberichten auftauchten und für die es keinen monetären Gegenwert gebe. Prof. Dr. Diane Elson nennt hierfür zwei Beispiele aus Großbritannien, die Reorganisation der Gesundheitsfürsorge, bei denen die Zeit verkürzt wurde, die Patienten und Patientinnen in Krankenhäusern verbringen. Die von weiblichen Familienangehörigen für die Pflege aufgewandte Zeit, fehle jedoch für andere Beschäftigungen. Diese biases erscheinen ohne Betrachtung der Prozesse außerhalb des Marktes als effizient. Der öffentliche Sektor und die Gremien seien wichtig als vermittelnde Position zum Druck der vom Markt geschaffen werde, innovative Wege über die analytische Untersuchung hinaus müssten entwickelt werden um die nichtfinanziellen Kosten in den konzeptionellen Rahmen der Finanzpolitik einzubeziehen. Die Liberalisierung hat dazu geführt, dass die Finanz- und Geldpolitik weniger von den gewählten Abgeordneten bestimmt werde als von den Finanzmärkten die sich nur nach finanziellen Kriterien richten und mit sehr kurzen Zeithorizonten arbeiten. Aktien würden gekauft und in der nächsten Stunde verkauft, ein menschliches Leben dauere von der Geburt bis zum Tod.

Prof. Dr. Diane Elson geht nur sehr kurz auf den zweiten Teil ihres Berichtes ein zur *Reform des internationalen Finanzsystems und der Gleichberechtigung der Geschlechter* in diesem Rahmen. In den 50er Jahren begann die Einbeziehung sozialer Aspekte in die Regulierungen auf den Finanzmärkten, z.B. beim IWF und bei der Weltbank, aber über die Jahre hinweg sei dieses Prinzip ausgehöhlt worden und jetzt seien es die Finanzinstitutionen die hier dominieren. Die asiatische Finanzkrise ist hierfür ein Beispiel. Zahlreiche Männer hätten ihre bezahlten Arbeitsplätze verloren und viele Frauen mussten auch hier durch unbezahlte Arbeit das Sicherheitsnetz zur Verfügung zu stellen, das Regierung und öffentliche Institutionen nicht bereitgestellt haben.

Die finanziellen Krisen zeigten die Notwendigkeit der Reformierung dieses Systems und der Schaffung neuer internationaler Institutionen um die sozialen und finanziellen Ziele wieder in Einklang zu bringen und diese Deflation zu reduzieren. Die Ziele und Kriterien müssten in einem holistischen Ansatz den *male breadwinner bias* und den *privatisation bias* reduzieren und über das Ziel der Vollbeschäftigung hinausgehen um eine Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen.

Der **Vorsitzende** dankt der Referentin. Er schildert den Eindruck dass er etliches von dem was im ersten Teil des Referates beschrieben wurde bereits vor etwa 20 oder 30 Jahren erfahren habe, dass sich jedoch seither nicht viel geändert habe. Er schlägt vor, die Diskussion erst nach den beiden nächsten Referaten zu beginnen, und bittet Dr. Mariama Williams das Wort zu ergreifen.

**Dr. Mariama Williams** begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für die Einladung zu diesem sehr wichtigen Thema. Sie arbeitet beim International Gender and Trade Network und bei Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN) und ist deren Sprecherin bei der Welthandelsorganisation (WTO), außerdem sei sie beim Center of Concern tätig und untersuche insbesondere die Auswirkungen der WTO-Politik auf Frauen.

Da Prof. Dr. Diane Elson bereits den konzeptionellen Rahmen zur Analyse von Handelsliberalisierungspolitik dargelegt habe, werde Dr. Mariama Williams auf diesen Teil ihres Manuskriptes nicht weiter eingehen.

Dr. Mariama Williams möchte die *negativen Auswirkungen der Handelsliberalisierung auf Frauen* darstellen, da die Medien und Regierungen viel geleistet hätten um die positiven Vorteile zu verkaufen. Zweitens würden die Kritikerinnen und Kritiker der Handelsliberalisierung und der WTO als Freihandelsgegner und Regulierungsgegner dargestellt. Es ginge jedoch nicht um die Frage ob es überhaupt Handelsregeln geben sollte. Die Frage sei vielmehr inhaltlich, welche und wessen Regeln dies seien, ob sie fair seien und wie schwer die Anpassungslast der Liberalisierung sei, wer sich diese Anpassungslast teile unter den Ländern, zwischen Nord und Süd, und innerhalb der Länder zwischen Frauen und Männern. Außerdem stelle sich die Frage nach den Auswirkungen auf Gender-Gleichheit, die Umwelt und die sozialen Dimensionen des Lebens.

Dr. Mariama Williams nennt hierzu fünf Punkte aus ihrem Manuskript und möchte auf die Auswirkungen dreier Handelsliberalisierungsabkommen auf Gender eingehen.

*Erstens* gebe es eine Dissonanz zur Handelsliberalisierung und zum Freihandel. Während die EU, USA, Japan, Kanada und andere Länder die Handelsliberalisierung in den Entwicklungsländern vorantreiben, bewahren sie selbst sämtliche Restriktionen und würden vielerorts protektionistischer. Dies bedeute für die Entwicklungsländer riesige Anpassungskosten, insbesondere für Frauen. Beispielsweise seien die EU, USA, Japan und Kanada den vereinbarten Verpflichtungen beim Landwirtschaftsabkommen nicht nachgekommen, hätten sich einige Ausnahmeregelungen eingerichtet und seien bei der letzten WTO-Ministerialkonferenz nicht auf Forderungen der Entwicklungsländer nach Ausnahmeregelungen für Entwicklung und Nahrungssicherheit eingegangen.

Ähnlich hätten die industrialisierten Länder ihre Verpflichtungen im Abkommen zu Textilien und Bekleidung bisher nicht erfüllt. Nur etwa 33 Prozent des Handels seien in den Welthandel integriert worden, und Kanada habe seit 1995 nur 29 von 295 Handelsbeschränkungen entfernt, die EU nur 14 von 219. Dies sei weniger als 5

Prozent der EU-Textilimporte. Die USA hätten nur 13 von 750 Beschränkungen auf der erforderlichen Liste entfernt.

Dies seien nur zwei der herausragendsten Beispiele riesiger Ungleichheit im Welt-handelssystem.

*Zweitens* dominiere der Expresszug der Handelsliberalisierung alle sozialen, ma-kroökonomischen, und öffentlichen Politikdiskussionen in den Ländern des Südens, so dass die Frage der Entwicklung, Entwicklungszusammenarbeit und Gender-Gleichheit sowie die ökologische Frage der Handelspolitik untergeordnet werden und dementsprechend sei der Welthandel zum entscheidenden Hebel der Globalisierung geworden.

Die Ausweitung der Handelsabkommen über traditionelle Bereiche von Marktöff-nung, Handelshemmnissen und Zölle hinaus in den Bereich der Dienstleistungen, Bildung und Gesundheit bis hin zu einem lebenswichtigen Gut wie Wasser, und in den Bereichen von geistigem Eigentum hätten schwerwiegende Implikationen für den Alltag von Frauen. Die Handelsvereinbarungen hätten auf nationaler, regionaler oder multilateraler Ebene massive Auswirkungen auf Arbeitsmärkte, Haushaltsein-kommen und nachhaltige Lebensweisen.

Erfolgten Handelsliberalisierungen und Freihandelsabkommen bedingungslos und ohne die Erfordernisse sozialer und Gender-Gleichheit, habe dies sehr schädliche Auswirkungen auf das alltägliche Leben von Frauen. Hierzu geht Dr. Mariama Wil-liams schematisch auf die von der Enquete-Kommission gestellten Fragen ein, und nennt die *wichtigsten genderspezifischen Themen zu Freihandelsabkommen und Freihandel*. Grob gesagt seien dies Nahrung, Wasser, Gesundheit und Bildung, so-wie Zugang, Besitz und Kontrolle von Einkommen und Ressourcen. Diese seien notwendig für den Erhalt des Lebens, aber sie seien auch zunehmend abhängig von Verschiebungen in den sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen die sich auf den Zugang von Frauen zu Einkommen und Ressourcen wie Land, Krediten und technischer Unterstützung auswirkten. Alle diese Variablen würden von Handelab-kommen beeinträchtigt, insbesondere denjenigen zu Landwirtschaft, Dienstleistun-gen und Investitionen.

Die Medaille der Handelsliberalisierung weise zwei Seiten auf. Einerseits die Import-liberalisierung, andererseits die Ankurbelung der Exporte. Importliberalisierung weise

zwei wichtige Charakteristika für Frauen auf: es handele sich um billige Importe die auf einen Markt strömten, in den Ländern des Südens insbesondere landwirtschaftliche Importe, ein Bereich in dem vorwiegend Frauen in der Binnennahrungsproduktion tätig sind. In der Karibik sei auf dramatische Weise sichtbar geworden was die WTO für die Nahrungsmittel bedeute. Die Liberalisierung im Zuge des Bananestreits zwischen der EU und den USA habe die einen massiven Arbeitsplatzverlust bewirkt, und die Menschen seien gezwungen sich alternativen Lebensunterhalt im Drogenhandel und anderswo zu suchen.

Die andere Seite der Handelsliberalisierung, über die nicht viel gesprochen werde, da es kein großes Thema sei in den reichen Ländern, ist dass die Handelszölle ein bedeutender Einkommenszweig waren für Regierungen im Süden, insbesondere kleinerer Inselstaaten in der Karibik. Den IWF-Vorgaben folgend reagierten die Regierungen dann mit der Kürzung von öffentlichen Ausgaben, so dass sehr oft die Unterstützung von Frauen gekürzt werde.

Auf der anderen Seite der Medaille habe auch die Exportankurbelung massive Auswirkungen auf Frauen. Bei der Verschiebung von Nahrungsmittelproduktion zur exportorientierten Produktion (cash crops), verlierten die Frauen Land und den Zugang zu Land und Kredit und technischer Unterstützung. Die Maßnahmen der Exportankurbelung gingen meist an wirtschaftliche Sektoren die vorwiegend von mittleren bis großen Betrieben die traditionell Männern gehörten und der Wettbewerb um Land nehme zu zum Nachteil der Frauen.

Die scheinbar gender-neutrale Handelsliberalisierung verzeichne demzufolge jeweils verschiedene Auswirkungen auf Männer und Frauen.

Dr. Mariama Williams geht nun auf die spezifischen Handelsabkommen ein. Die Regelungen in der Landwirtschaft die gegenwärtig die Entwicklungsländer daran hinderten, Subventionen bereitzustellen habe massive Auswirkungen auf Frauen da sie auf diese Unterstützung angewiesen seien.

Das *Allgemeine Abkommen zu Handel und Dienstleistungen (GATS)*, biete viel Anlass zu kontroverser Diskussion, da Dienstleistungen das gesamte Leben umfassten. Das GATS umfasse nicht nur die Produktion des Gutes sondern auch den Vertrieb in- oder außerhalb eines Landes. Es könne auch nationale Regelungen wie gesundheitliche Lebensmittelgesetze betreffen. Innerhalb des GATS befände sich auch eine

Art Investitionsabkommen. Die Art von multilateralen Abkommen über Investitionen gegen das sich Nichtregierungsorganisationen in den letzten zwei Jahren gewehrt haben hat nun den Weg in das Dienstleistungsabkommen gefunden. Das GATS habe massive Auswirkungen auf Frauen, da es soziale Dienstleistungen betreffe, Bildung, Gesundheit. In vielen Fällen betreffe es die Belieferung von Wasser und Energie.

Dienstleistungen hätten ein sehr eigenartiges Verhältnis zu Frauen. Durch Kindererziehung, Familienpflege und Haushalt bestehe eine viel stärkere Nachfrage nach Dienstleistungen und eine größere Angewiesenheit, insbesondere von öffentlichen Dienstleistungen. Deswegen richteten Frauen überall auf der Welt ein besonderes Augenmerk auf die Liberalisierung von Dienstleistungen.

Damit Dienstleistungen liberalisiert werden könnten, müssten sie zuerst privatisiert werden. Die WTO würde erklären, dass keine Regierung zu Privatisierungen gezwungen werde, das GATS sei kein Privatisierungsabkommen. Aber die Privatisierung sei eine Vorbedingung, und IWF und Weltbank arbeiteten im Tandem mit der WTO. IWF und Weltbank ließen zunächst durch Strukturanpassungsmaßnahmen die Dienstleistungen privatisieren (z.B. Wasser und Energie, Bildung, Gesundheit) so dass sie Teil der Liberalisierungspolitik würden.

Darufhin skizziert Dr. Mariama Williams kurz das Abkommen zu handelsbezogenen geistigen Eigentumsrechten (TRIPS), das zunächst gender-neutral erscheine. Es habe jedoch massive Auswirkungen, beispielsweise hinsichtlich des Zugangs zu medizinischer Versorgung, und die Möglichkeiten von Frauen, ihre Innovationen und Kreativität zu sichern, sowie ihr traditionelles Wissen zu schützen und weiterzuentwickeln. Beim TRIPS gehe es nicht bloß um Software oder Autos, sondern vor allem auch um Multinationale Konzerne die Patente auf Biodiversität, Medizin, Saatgut und traditionelles Wissen auferlegen. In vielen Gesellschaften seien es Frauen, die über dieses traditionelle Wissen verfügen und es weitergeben. Patente erhöhten die Kosten für Saatgut, und daher sei ihre Möglichkeit jährlich teures Saatgut zu erwerben sehr eingeschränkt.

Zuletzt erwähnt Dr. Mariama Williams das TRIMs, die Handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen, die negative Auswirkungen auf Frauen als Kleinunternehmerinnen haben könnten. Den Regierungen würde durch das TRIMs die Möglichkeit verwehrt,

einheimische Firmen zu subventionieren und multinationalen Konzernen Auflagen zu erteilen und so Investitionen zu regulieren. Dies wiederum erschwert die staatliche Unterstützung von Kleinunternehmen, in denen Frauen vorwiegend tätig sind, um deren Produktivität zu erhöhen.

Der **Vorsitzende** dankt der Referentin und lädt Dr. Achola Pala Okeyo dazu ein, ihre Stellungnahme zu präsentieren.

**Dr. Achola Pala Okeyo** bedankt sich zunächst bei den Organisatorinnen und Organisatoren der Anhörung, insbesondere Prof. Dr. Brigitte Young. Sie beginnt mit einer Beschreibung ihres persönlichen leidenschaftlichen Zugangs zum Thema Landwirtschaft und Nahrungssicherheit. Sie ist in einem kleinen Dorf in Kenia aufgewachsen, ihr Vater Lehrer und ihre Mutter Bäuerin, und kann dadurch den Blickwinkel eines afrikanischen Dorfes mit einer globalen Perspektive verknüpfen. In den globalen Medien spiele Afrika kaum eine Rolle, inhaltlich sei wenig zu erfahren darüber wie es den Menschen auf diesem Kontinent gehe. Es werde nur über Probleme mit Muga-be, Mobutu oder der Verschiebung von Truppenteilen berichtet, aber die entscheidende Dynamik der Entwicklungen fehle.

Dr. Achola Pala Okeyo wurde gebeten, über die Themen *Nahrungssicherheit und Governance und menschliche Sicherheit* zu sprechen.

Das Entwicklungsmodell, das in Afrika umgesetzt werde, sei extern und gehe auf die Kolonialisierung und die Aufteilung des Kontinents bei der berühmten Berliner Konferenz 1884 zurück. Dieses Entwicklungsmodell verfolgt uns bis zum heutigen Tage und trägt sehr viel Verantwortung für die Armut in der Region. Das wichtigste Paradigma in der kolonialen Landwirtschaft war die Einführung von cash crops. In vielen Studien werde dargestellt, dass die Arbeit der Frauen aus der Nahrungsmittelproduktion in die Produktion von cash crops verschoben wurde.

Die Arbeit der Frauen werde bei Baumwolle, Kaffee oder Sisal im arbeitsintensivsten Bereich des Anbau- und Erntezyklus eingesetzt, und sie erhalten ein Drittel oder die Hälfte des Lohnes von Männern. Männer arbeiteten auch als Wanderarbeiter in den Hafendocks. Die Kluft zwischen Männern und Frauen nehme zu, die Ausbeutung und die Fragmentierung des Haushaltes und der Gemeinschaft. Die Arbeit ließe sich

nicht ökonomisch rationalisieren und jeder Rahmen oder Faktor der diesem Entwicklungsparadigma auferlegt werde verschlimmert die Situation, beispielsweise durch AIDS, weil eine immense Pflegeökonomie notwendig werde.

Dr. Achola Pala Okeyo bietet einen weiteren kleinen biographischen Einblick. Ihre Mutter habe gemeinsam mit anderen als Frauenaktivistinnen Änderungen des landwirtschaftlichen Systems gefordert zur Unterstützung der Frauen im Dorf. Der Nahrungsanbau von Gemüse ist ein Frauenbereich. Sie haben das Wissen dazu. Die Einführung von Traktoren verändert die Anbaufrüchte, weil Gemüse weniger angebaut würde.

Die Privatisierung von Land habe in den vergangenen Jahren exponentiell zugenommen. Männer hätten sich immer mehr Zugang zu Land gesichert und Frauen verblieben ohne Landtitel. Frauen würden als Nahrungsmittelproduzierende nicht in der Landwirtschaftspolitik berücksichtigt.

In der Kolonialpolitik war es Frauen nicht gestattet, in die Städte zu ziehen, und in einigen Ländern wurden diese Gesetze gegen "Stadtstreicherinnen" erst jüngst aufgehoben. Es bestehe im übrigen eine sehr geringe Repräsentation von Frauen in den Parlamenten und der Gesetzgebung, deshalb würden die Anliegen der Frauen, die, nicht diskutiert und deshalb setzten sich Frauen ein für die Partizipation bei Landreformpolitik, Verfassungsgebung, Schutz gegen Gewalt, usw. Dabei gehe es um die Verbesserung der Entwicklung allgemein, z.B. im Gesundheitsbereich.

In Kamerun beispielsweise könnten die Frauen ihr Geld aus dem informellen Sektor nicht zur Bank tragen, das Gender-Mainstreaming funktioniere hier nicht denn die informelle Ökonomie könne nicht in die Volkswirtschaft eingebettet werden, da diese bankrott sei.

Alles werde zur Zeit privatisiert wenn es nicht schon privatisiert wurde, und die privatisierten Betriebe gehörten großen multinationalen Konzernen. Selbst in einem Land wie z.B. Mocambique, in dem nach dem Krieg ökonomisches Wachstum verzeichnet wurde und die makroökonomischen Stabilitätsvorgaben und die Vorschläge der Weltbank ganz genau befolgt worden seien, wächst die Armut, und die Menschen verlieren ihre Kleinunternehmen.

Die Geberländer knüpften ihre 50000 US-Dollar an genaue Anweisungen für dieses Geld. Die Menschen seien dem überdrüssig, denn sie schafften nicht das was sie

erreichen möchten und es fehle an lokaler Zusammenarbeit. Laut Dr. Achola Pala Okeyo sollten Europäerinnen und Europäer nicht zu sehr die IWF- und Weltbank-Positionen unterstützen, sondern sich kritisch direkt mit den Ländern auseinandersetzen.

Zum Schluss berichtet Dr. Achola Pala Okeyo, dass dem Argument der Wichtigkeit, Frauen zu unterstützen mit der Erwiderung "Ja, und die Männer?" begegnet werde. In einer Transformationsphase, sei jedoch in afrikanischen und europäischen Staaten historisch ersichtlich, dass die Frauen in kritischen Zeiten eine sehr wichtige Rolle spielten, z.B. während des Ersten und Zweiten Weltkriegs in Europa. Die Unterstützung von Frauen in der Transformationsphase werde uns heraushieven aus der völligen Deprivation. Dr. Achola Pala Akeyo betont zum Schluss dass sie bei dieser Anhörung nicht für die UNO oder ihre Organisation spreche.

Der **Vorsitzende** dankt der Referentin für diesen Bericht und leitet die Diskussion mit den Worten ein, dass die Handelsliberalisierung sehr viel ihrer moralischen Argumentation daher genommen habe dass Liberalisierung wie Befreiung (liberation) klinge, die Befreiung der ehemaligen Kolonien. Für die ehemaligen Kolonialmächte in Europa sei es sehr wichtig von einer afrikanischen Frau zu erfahren dass Liberalisierung für einen großen Teil der Gesellschaft überhaupt nichts mit Befreiung zu tun habe.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er nur Fragen von den Mitgliedern der Kommission und von den Gästen auf dem Podium zulassen könne und bittet um Wortmeldungen.

Abg. Dr. Sigrid **Skarpelis-Sperk** (SPD) fragt Prof. Dr. Diane Elson nach quantitativen Belegen für die Argumentation. Prof. Dr. Diane Elson habe sehr gut auf einen der Hauptfehler der traditionellen Ökonomie aufmerksam gemacht, die Betrachtung des Haushalts als einer reinen Konsumeinheit, und häufig dazu die Konsumfunktion nur als Ein-Produktkonsumfunktion oder Ein-Güter-Funktion, und dass der Haushalt stattdessen als Produktionsfunktion wahrgenommen werden müsse, der verschiedene Bestandteile wie Konsumgüter oder Dienstleistungen enthält. Nun, wurde hinsichtlich des Privatisierungs-bias zu Recht betont dass Änderungen bei öffentlichen

Leistungen notwendigerweise Änderungen bei den privaten Leistungserbringungen verursachen müssten, wie das Beispiel des Gesundheitssektors und der Begrenzungen der Krankenhausaufenthalte zeige. Abg. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD) fragt, ob es hierzu empirische Studien gebe die auch aus ökonomischer Sicht belegten dass es sich um die Überwälzung öffentlicher Kosten auf private Haushalte handle. Abg. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD) stellt eine weitere Frage an Dr. Williams. Sie weist bezüglich des *gender bias* des Welthandels darauf hin dass die Marköffnung im Textilbereich, aber auch bei den consumer electronics einen Abbau von Frauenarbeitsplätzen in den industrialisierten Ländern bewirkt habe. In der Bekleidungsherstellung seien in Deutschland in etwa 25 Jahren eine Dreiviertelmillion Arbeitsplätze verloren gegangen, und die schlechter bezahlten Frauenarbeitsplätze in den industrialisierten Ländern seien entweder in die noch ärmeren Regionen der industrialisierten Länder abgewandert oder in den asiatischen Raum. Dieser Prozess könnte sich sogar verstärken, wenn das Auslaufen des Welttextilabkommens im Jahr 2005/6 erfolge. Der *gender bias* wirke sich nicht nur zwischen industrialisierten Ländern und Entwicklungsländern aus, sondern auch bei den weniger privilegierten Schichten, speziell den Frauen.

Abg. Annelie **Buntenbach** (B'90/Grüne) stimmt der Notwendigkeit zu, den Anteil und die Situation der Frauen und die besondere Betroffenheit von der Globalisierung überhaupt erst sichtbar zu machen. Das Sichtbarmachen der Genderfrage sei ein erster sehr wichtiger Schritt der als Empfehlung in der Enquete-Kommission aufgenommen werden sollte.

Abg. Annelie Buntenbach (B'90/Grüne) erkundigt sich bei allen Referentinnen darüber hinaus nach praktischen Vorschlägen und Möglichkeiten, die Logik so zu verändern dass sich die Strukturen der Globalisierung zu Gunsten von Frauen oder der Gleichstellung von Frauen innerhalb der Gesellschaft auswirken.

Der **Vorsitzende** erteilt der dritten Fraktionssprecherin das Wort.

Abg. Ursula **Lötzer** (PDS) fragt ebenfalls nach Alternativen. Sie richtet ihre Frage an Dr. Williams, deren Einschätzung sie teilt, dass die Entwicklungsländer sehr weitge-

hend liberalisiert hätten und dass die Industrieländer sich weiter öffnen müssten. Sie fragt, ob nicht das weitergehende und viel größere Problem sei, dass die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern sehr stark auf exportorientierte cash crops ausgerichtet sei und wäre die Alternative in Richtung Nahrungssicherheit nicht eher ein Konzept regionaler Produktion, verbunden mit Subventionsmöglichkeiten, u.a. Zweitens würden als Folge dieser Entwicklung viele Frauen in die Städte flüchten. Wie sehe die Situation dieser Frauen aus, die erwerbslos seien oder im informellen Sektor, in Freihandelszonen, usw. arbeiten. Die dritte Frage ist eine nach den Möglichkeiten, in den WTO-Verhandlungen die Menschenrechtsaspekte oder Fragen zur Biodiversität und Nahrungssicherheit stärker zur Geltung zu bringen. Vielen UN-Organisationen zufolge seien TRIPS Diebstahl an Eigentum von indigenen Völkern.

Die Frage des sachverständigen Mitglieds, Dr. Wolfgang **Brühl**, an Dr. Diane Elson bezieht sich auf die heutige Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), in der die Frauenarbeit nicht mit eingerechnet werde. Prof. Dr. Diane Elson fordere eine Änderung der diesbezüglichen Politik. Dieser Optimismus sei fraglich, denn die VGR gebe es seit langem und eine bessere Politik möge bezweifelt werden.

Dr. Wolfgang Brühl fragt ob Prof. Dr. Diane Elson anstelle eines deflationary bias eine stärkere Inflationierung befürworte und ob die jetzige Politik in westlichen Ländern schädlich sei. Er erkundigt sich ob Prof. Dr. Diane Elson der Auffassung sei, dass die genannten Probleme hinsichtlich des privatisation bias durch eine stärkere staatliche Aktivität besser gelöst werden könnten. Zuletzt fragt er ob Prof. Dr. Diane Elson Globalisierung als problemverstärkend ansehe oder ob Lösungsansätze bestünden.

Das sachverständige Mitglied, Dr. h.c. Dieter **Wolf**, richtet eine Frage zum Privatisierungs-bias an Dr. Diane Elson. Dass die privaten Haushalte bei einer Verkürzung der Verweildauer in Krankenhäusern stärker belastet würden sei eine fast banale Erkenntnis. Innerhalb dieser stärkeren Belastung komme eine größere Belastung auf die Frauen zu, aber auch auf die Haushalte insgesamt. Er bittet um Klärung, was dies mit dem öffentlich-rechtlichen oder einem privaten Charakter des Gesundheits-

wesens zu tun habe. Die Verlagerung dieser Kosten auf die Haushalte und Frauen sei unabhängig davon wie der Kostenträger organisiert sei.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin dass bei dieser Anhörung zu Globalisierung und Gender nicht auch noch auf die Probleme der Gesundheitsökonomie eingegangen werden könne.

Das sachverständige Mitglied, Prof. Dr. Brigitte **Young**, fragt ebenfalls nach Empfehlungen für Alternativen. In der Enquete-Kommission wurde festgestellt dass die Finanzmärkte einer der größten Antriebskräfte der Globalisierung seien und die Geschwindigkeit sehr stark förderten. Als Ergebnis der Finanzkrisen in Asien und Russland hätten die Weltbank, der IWF und das Financial Stability Forum eine stärkere Liberalisierung, Rechenschaft, Transparenz, internationale Überwachung, usw. gefordert. Es gebe aber auch andere Möglichkeiten, etwa die Schaffung einer neuen internationalen Institution um die globalen Finanzen zu regulieren. Auch wenn Köhler und Wolfensohn meinten dass der soziale Aspekt bei IWF und Weltbank integriert sei, fragt Prof. Dr. Brigitte Young, ob Prof. Dr. Diane Elson der Meinung sei dass die jetzigen Institutionen auf Geschlechtergleichheit nicht eingehen könnten.

Das sachverständige Mitglied, Dr. Michael **Baumann**, fragt ob es in den letzten zehn Jahren Verbesserungen gegeben habe durch die Globalisierung. Zweitens fragt er nach den Erwartungen für die Konferenz in Johannesburg (UNO-Umweltkonferenz Rio plus 10) im Zusammenhang mit Global Governance-Strukturen.

Die erste Referentin, Diane **Elson**, bezieht sich auf die Frage nach den Kosten die sich auf die privaten Haushalte verschieben. Sie weist auf sozialpolitische Studien in Großbritannien hin, die einzelne Bereiche des Arbeitsmarkts oder des öffentlichen Dienstes. Diese unterschiedlichen Informationen müssten zusammengeführt werden. Ein mögliches Projekt hierzu ist eine Politik die UNIFEM und die internationale Arbeitsorganisation ILO gegenwärtig entwickeln in bezug auf die Auswirkungen von AIDS in Afrika und die Zusatzbelastungen für Frauen und Mädchen bei der Pflege von HIV-erkrankten Familienmitgliedern, eine Untersuchung die nicht nur die öko-

nomischen Kosten betrachte. Nach Meinung von Prof. Dr. Diane Elson könnte die UNIFEM/ ILO-Initiative als Vorlage dienen für teilbereichsübergreifende Untersuchungen.

Zu den Veränderungsmöglichkeiten bezüglich des deflationary bias meint Prof. Dr. Diane Elson, dass eine Hyperinflation selbstverständlich zu vermeiden sei. Es gebe unterschiedliche Ziele, und eine Minimierung der Inflation sei nur eines davon, nebst Beschäftigung und sozialer Kohäsion. Der gegenwärtigen Politik gelänge es nicht, ein Gleichgewicht zwischen diesen verschiedenen Zielen zu finden.

Hinsichtlich des deflationary bias müsse der Zusammenhang zur finanziellen Liberalisierung hergestellt werden. Die IWF-Kredite müssten anders kanalisiert werden, denn bisher führten sie zu Zins- und Preiserhöhungen, und die hohen Zinssätze behinderten Investitionen. Zur Zeit bestehe das Problem der globalen Rezession und nicht der globalen Inflation, die Frage sei ob wir in Anbetracht dieser neuen Situation die richtigen Regeln hätten. Wenn die Erwerbslosigkeit ansteige und sich Familien unter Druck sähen, betreffe dies selbstverständlich sowohl die Frauen als auch die Männer. Elson betont erneut dass Privatisierung immer schlecht sei. Problematisch sei bei Privatisierungen die Nichtbeachtung externer Faktoren, z.B. Umweltkosten. Vielleicht könnten Quersubventionen zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise bei der Postprivatisierung, bei der in ländlichen Gegenden Postdienstleistungen nicht mehr rentabel seien. Unterschiedliche Dienstleistungen könnten vom öffentlichen Sektor angeboten werden.

Prof. Dr. Diane Elson geht auf einige der anderen Fragen nach den Veränderungsmöglichkeiten ein. Es gebe Anlass zur Hoffnung, da überall in der Welt die Anerkennung der sozialen Verantwortung von Industrie und Finanzierung zunehme. Die Financial Times publiziert z.B. einen Firmenindex zum Anteil von sozialen Kriterien bei Pensionsfonds und Investitionen.

In bezug auf das Gleichgewicht der Finanzmärkte sorgten sich Finanzminister heutzutage bei der Haushaltsplanung in erster Linie um die Reaktion auf dem Finanzmärkten in Frankfurt, New York, Hong Kong oder London und weniger um die Parlamente. Die soziale Verantwortung müssten nicht nur bei einzelnen Firmen gefördert werden, sondern auch bei den gesamten Regeln der Finanzmärkte, es müssten auf jeden Fall neue Kriterien erstellt werden. Im Bretton-Woods-System wurde die

soziale Verantwortung im Gegensatz zu heute viel stärker betont. Bei der Weltbank würde vor allem dank den skandinavischen, nordeuropäischen Geberländern auch Genderfragen berücksichtigt, doch es seien mehr Ziele wie etwa angemessene Arbeitsbedingungen notwendig, um ein Gleichgewicht zwischen Familien- und Arbeitsleben zu erreichen - dies sei für Männer und Frauen wichtig.

Dr. Mariama **Williams** geht auf die Fragen in vier zusammengefassten Bereichen ein: den globalen Wettbewerb zwischen Männern und Frauen und untereinander, die Möglichkeiten der Veränderungen im Handelssystem, Möglichkeiten für den Süden, wie können Fortschritte erzielt werden, die Integrierung von sozialen Interessen in die WTO und die letzte Frage, ob es eine Verbesserung in den letzten zehn Jahren gegeben habe und die Erwartungen für Johannesburg.

Bei der Handelspolitik würden selbst innerhalb der gleichen Volkswirtschaft Frauengruppen unterschiedlich gewinnen oder verlieren. Z.B. in der Karibik: ein Teil der Liberalisierung, ein Teil des ganzen Prozesses der strukturellen Veränderungen die mit der Liberalisierung einhergehen haben sich niedergeschlagen in den Präferenzen in den Agrarabkommen. Es sei nicht nur eine Frage der Umstrukturierung, sicher müsste eine Liberalisierung vorgenommen werden, aber gewisse makroökonomische strukturelle Reformen und andere verändern sich, wie es z.B. in Jamaika passiert sei. Hier sei eine Verschiebung zu sehen, Auswirkung der Handelsliberalisierung auf Frauen, die ihre Arbeitsplätze in der Bekleidungsindustrie verlieren würden denn diese Sektoren würden in billigere Gebiete abwandern oder die Märkte wurden durch das NAFTA-Abkommen beeinflusst, das den mexikanischen Markt für Nordamerika geöffnet habe. Sehr viele Bekleidungsindustrien seien dadurch zerstört worden, dasselbe gelte für den Dienstleistungssektor. Hier würden neue Verarbeitungszonen in der Welt entwickelt in denen Frauen in Call Centern, in Digiports prekär beschäftigt würden mit niedrigen Löhnen. Es bestehen viele Abhängigkeiten von den Frauenarbeitsplätzen, wie etwa in der textilverarbeitenden Industrie von den USA oder bei der Verschiebung nach Osteuropa. In den Exportproduktionszonen (EPZ) und dort wo die Frauen aus ländlichen Gebieten in die städtischen Gebiete umziehen würden, in der Karibik würden hauptsächlich in der verarbeitenden Industrie, Bekleidungsindustrie, die Frauenarbeitsplätze nicht mehr vorhanden seien. Hier gä-

be es Verschiebungen, Frauenhandel, Prostitution usw., da die Arbeitsplätze nicht ausreichen um die Landflüchtenden aufzunehmen.

Dr. Mariama Williams geht auf die Möglichkeiten bei den Handelsverhandlungen ein. Aus der Gender-Perspektive ist die erste Ebene die Identifizierung der Mechanismen die dafür sorgen dass Handelsliberalisierung nicht gender-neutral sei, die Ursachen dass Frauen und Männer unterschiedlich von Handelsliberalisierung betroffen seien. Dies bedeute dass Handelsverträge und die Verhandelnden in diesem Rahmen eine Gender-Perspektive einnehmen müssen so dass sie wissen dass Männer und Frauen unterschiedlich betroffen seien. Für die vorgeschlagenen Handelsabkommen müssten vor der Unterzeichnung Folgenabschätzungen auf die verschiedenen Geschlechter durchgeführt werden. Es handele sich also um einen Bildungsprozess der eingeleitet werden müsse und ein Kohärenzprozess. Die gleichen Regierungen die in der WTO eine ganze Reihe von Abkommen beschließen, sind dieselben Regierungen die zwanzig Jahre lang über Gender-Mainstreaming diskutieren, an fünf Weltfrauenkonferenzen teilgenommen haben, die Umweltabkommen unterzeichnet haben, in der UNO über Menschenrechtskonventionen diskutiert haben. Die Menschenrechtskommission in New York hat in der UNO eine ganze Reihe von Programmen aufgestellt zum TRIPS-Abkommen, die sozialen, wirtschaftlichen Rechte und Menschenrechte. Das WTO-Abkommen sei anderen Abkommen übergeordnet. Die Parallelität der Abkommen müsse wieder hergestellt werden.

Der **Vorsitzende** geht davon aus, dass die Frage der Geschlechtergleichheit und der WTO systematisch angegangen werden müsse.

**Dr. Achola Pala Okeyo** möchte nur einen Kommentar zu den zahlreichen Fragen geben, nämlich wie die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit gestärkt werden könne. Ein Vorschlag sollte aufgegriffen werden, in UNIFEM wurde auch schon damit gearbeitet und einige Länder haben es auch schon aufgegriffen. Seit die verkauften wettbewerbsfähigen Ernten weltweit zurückgingen, könnte nicht ein solcher Produktionsrahmen genutzt werden, die vorher eine solche cash crop Produktion unterstützt haben um die lokale Lebensmittelproduktion anzukurbeln, für den regionalen Handel und den Verbrauch im eigenen

Land. Zum Beispiel gibt es viele Ernten, die im ökologischen Bereich angewandt wurden, wie Cassava, Bananen, usw., viele Produkte die für den örtlichen Verbrauch angebaut werden könnten, einen lokalen Markt tragen könnten ohne unbedingt auf den Weltmarkt ausgerichtet zu sein. Es gibt viele Industrieländer die Consultative Proof in Agriculture, ein Konsortium von Forschungsinstitutionen die landwirtschaftliche Verbesserungen erforschen. Es gibt weitere Forschungsinstitutionen mit hochgebildeten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die von Problemen untersuchen von der Biologie zum Pflanzenschutz, Haushaltsfragen. Und beim Besuch dieser Institutionen verstehen diese oft noch nicht warum Gender-Gleichheit einen großen Teil ihrer Arbeit einnehmen. Die Regierungen der Länder die diese Institutionen finanziell unterstützen sollten diese dazu bringen mehr zu tun um die Frauen zu unterstützen.

Dr. Achola Pala Okeyo spricht eine weitere Frage zum informellen Sektor an und die Landflucht der Frauen in die städtischen Bereiche. Die meisten Frauen waren im informellen Sektor tätig. Sie müssen angemessenen Wohnraum erhalten, Zugang zu Bildung für ihre Kinder, denn das Schulsystem sei sehr klassengebunden, die Habitat-Agenda z.B. sei ein Instrument an das sich viele Frauen halten in den städtischen Bereichen als Mechanismus um den Zugang zu Wohnraum zu erleichtern. Die Umsetzung der Habitat-Agenda könnte den Frauen in den Städten und in den Siedlungen um sie herum helfen. Sie sollten mehr Kreditzugang haben, eine bessere Arbeitssituation, die Zinssätze für die Kreditaufnahme seien außerordentlich hoch in den Entwicklungsländern und der Gang zur Bank sei für Frauen aufgrund fehlender Sicherheiten erschwert.

Viele Faktoren drängten Frauen an den Rand der Gesellschaft. Ein weiteres Beispiel sei der Waffenhandel der mit dem Drogenschmuggel verknüpft sei und die Ausplünderung von Hilfsquellen, z.B. in Sierra Leone, Kongo (ehemaliges Zaire), Somalia, usw. Die Waffen würden nicht in Afrika hergestellt, es gibt immer mehr Befürworterinnen und Befürworter dass Afrika eine waffenfreie Zone werden sollte. Es sind private Hersteller die hier tätig seien und dies wäre ein Punkt an dem die Regierung eingreifen müsste.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei den Referentinnen für die Diskussion und kündigt die Mittagspause an.

Nach einigen Anmerkungen zum Protokoll der Anhörung und der Internetseite bittet der **Vorsitzende** Prof. Dr. Friederike Maier zu referieren.

**Prof. Dr. Friederike Maier** bedankt sich für die Einladung. Sie spricht über die *Arbeitsmarktsituation, die Beschäftigungssituation von Frauen und Männern, in Osteuropa, Ostdeutschland und in Europa insgesamt.*

Zunächst geht Prof. Dr. Friederike Maier auf die Beschäftigungssituation in Europa, und zwar Ost wie West ein. Es könne festgehalten werden dass die Transformationsländer in Osteuropa von einer sogenannten Vollbeschäftigungssituation kommen, in der Frauen wie Männer gleichermaßen erwerbstätig waren. In den letzten 15 Jahren habe sich die Situation dramatisch verändert.

Es gebe zwei gegenläufige Entwicklungen in West- und Osteuropa. Während die Beschäftigung in Osteuropa stark zurückgegangen sei, sei sie in Westeuropa seit Beginn der 90er Jahre gestiegen. Bei einem Vergleich zwischen den EU-Ländern und den mittel- und osteuropäischen Ländern falle auf, daß 1994 die Beschäftigungsquote (der Anteil der Menschen die einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach gehen) in den Transformationsländern höher gewesen sei - dies habe sich seit 1999 geändert.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen (der Anteil derer die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen) sei im Osten höher als in Westeuropa. In Ost- und Westeuropa finde kein Rückzug vom Arbeitsmarkt statt. Mitte der 90er Jahre hätten einige Ökonomen und Politiker die Hoffnung gehegt, daß Frauen aus dem Arbeitsmarkt verdrängt würden. Diese Hoffnung musste enttäuscht werden, weil einige Prämissen des westeuropäischen Wohlfahrtsmodells nicht mehr zutrafen. Erstens, das Modell der "Ernäh-rerehe" habe kaum noch eine Basis. Zweitens, hätten viele Frauen nebst der ökonomischen Notwendigkeit auch den individuellen Wunsch zur Erwerbstätigkeit. Ihre Integration erfolge zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen mit vielfältigen und anhaltenden Diskriminierungen.

Die Arbeitsmärkte in Osteuropa und Ostdeutschland erfahren gegenwärtig einen schnellen und dramatischen strukturellen Wandel, der Abbau von Arbeitsplätzen werde nur zum Teil kompensiert durch die Zunahme der Beschäftigung in privaten Dienstleistungsbranchen. In einigen Ländern Osteuropas erhalte z.B. die Landwirtschaft eine Funktion als "Auffangfunktion" für erwerbslose Industriebeschäftigte. Gleichzeitig wüssten alle Beteiligten dass die EU-Integration die weiteren Perspektiven der osteuropäischen Landwirtschaft in Frage stellen würde, da sie sehr arbeitsintensiv sei.

Der Rückzug des Staates in Europa führe zu einer Zuspitzung von individuellen und gesellschaftlichen Geschlechterkonflikten.

Die Differenzierung der Erwerbschancen nach Qualifikation habe zugenommen und sei für Frauen sehr viel ausgeprägter als für Männer. Hochqualifizierten Frauen in Ost und West seien eher kontinuierlich erwerbstätig, die Polarisierungstendenzen unter den Haushalten nähmen zu, in skandinavischen Ländern gelänge die soziale Integration besser als in anderen Staaten. Der öffentliche Sektor habe eine vorrangige Bedeutung für die höhere Erwerbsbeteiligung von hochqualifizierten Frauen, aber auch als Anbieter von Dienstleistungen wie Kinderbetreuung.

Prof. Dr. Friederike Maier betont dass es keinem Land gelungen sei, dass das Vereinbarkeitsthema kein Frauenthema sei und nennt drei verschiedene Muster von Erwerbsintegration von Müttern in skandinavischen Ländern, Westdeutschland und im südlichen Europa (Italien, Spanien und Griechenland). Die niedrigen Geburtenraten seien Ausdruck eines weitgehend ungelösten Konflikts um die Geschlechterordnung.

Nur in wenigen Staaten, in den skandinavischen Ländern, sei es gelungen, mehrere Ziele gleichzeitig zu verfolgen wie soziale Integration, Gleichstellung, hoher Beschäftigungsstand, Wachstum und hoher Qualifikationsstand aller Beschäftigten. In allen anderen Ländern seien relativ scharfe soziale Desintegrationsprozesse und die Zunahme politischer Spannungen zu beobachten. Der Gesellschaftsvertrag in der BRD von "männlicher Familienernährer" und "Normalarbeitsverhältnis" habe spätestens seit 1990 keine tragfähige Basis mehr. Notwendig sei ein neuer Gesellschaftsvertrag, in dem die Arbeitsteilung zwischen Familie, Staat und Markt und Männern und Frauen neu formuliert werde.

Prof. Dr. Friederike Maier zählt eine lange Liste von Veränderungsmöglichkeiten auf, z.B. Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung, Veränderungen im Sozialrecht, usw. Diejenigen Länder die eine höhere soziale Integration geschafft haben seien nicht wettbewerbsmäßig benachteiligt, es sei also zu bezweifeln dass Länder sich diese nicht leisten könnten.

Zum Schluß nennt Prof. Dr. Friederike Maier Handlungsmöglichkeiten in der Politik. Zu den Konturen der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, und die Vorgaben durch die *Stabilitätskriterien* müsse gefragt werden wie restriktiv Geld- und Finanzpolitik in einer Zeit der Rezession sein könne, ob sie die Krise verschärfe oder mildere.

Wenn es in der BRD *Gender Budgets* gebe, könnte der gender bias von Steuer-, Finanz- und Geldpolitik nachgewiesen werden und daß die Stabilitätspolitik geschlechtlich verteilend zu Lasten der Frauen wirke. Deshalb sei dringend öffentliches gender budgeting aller Haushalte auf europäischer Ebene und in allen Staaten notwendig.

Eine gesamtwirtschaftliche Beschäftigungspolitik sei notwendig. Je höher die konjunkturelle Erwerbslosigkeit in einer Rezession sei desto schwieriger werde der Abbau. In Lissabon habe sich die BRD beim EU-Beschäftigungspakt darauf verpflichtet, bis 2010 eine Frauen-Beschäftigungsquote pro Kopf von 60 Prozent zu erreichen, zur Zeit seien es nur 48 Prozent in Vollzeitequivalenten. Die BRD werde dies mit der gegenwärtigen Politik nicht erreichen. In der BRD müsse weiter gestritten werden daß der öffentliche Sektor Dienstleistungen öffentlich bezahlbar anbiete, da dies die Erwerbstätigkeit von Frauen ermögliche.

In allen wirtschaftspolitischen Analysen bestände Nachholbedarf zu den Geschlechterverhältnissen, im Sachverständigenrat würden sie nie erwähnt. Das Bewußtsein hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse sei unter BRD-Ökonomen extrem wenig verbreitet. Hier wären auch Aufgaben für das Parlament, das den Auftrag an den Sachverständigenrat mitdiskutiere.

*Gender-Mainstreaming* sei zumindest auf europäischer Ebene ein großes Thema. Die Bundesrepublik sei gemäß der Einschätzung von Prof. Dr. Friederike Maier keine Vorreiterin im Gender-Mainstreaming, die meisten Ministerien wüssten gar nicht was

der Begriff heißt. Da lägen einige Punkte schon lange auf dem Tisch des Hauses und würden nicht umgesetzt.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei der Referentin, und weist noch einmal auf die Tagung der Böll-Stiftung zum Thema Gender-Budgeting hin. Nach einer Bemerkung zur Zahl der Abwesenheiten in der Enquete-Kommission bittet der **Vorsitzende** Prof. Dr. Maria Floro mit ihrem Referat gleich anzuschließen.

**Prof. Dr. Maria Floro** bedankt sich zunächst bei den Organisatorinnen dieser Anhörung, vor allem bei Prof. Dr. Brigitte Young. In ihrem Referat zur *Entwicklungsfinanzierung* spricht Prof. Dr. Maria Floro zu den kritischen *Gender- Dimensionen von finanzieller und makroökonomischer Politik und Aktionen*. Insbesondere weist sie auf ein hochkarätiges Gipfeltreffen zur Entwicklungsfinanzierung im mexikanischen Monterrey hin. Für die UNO-Konferenz vom 18. bis 22. März wurde jüngst ein Konsensdokument (*Monterrey Consensus*) veröffentlicht, Ergebnis des letzten Treffens des Vorbereitungskomitees (Prep. Com.) im Januar in New York. Daran waren alle UN-Mitgliedsstaaten und die Vertreter und Vertreterinnen von IWF, Weltbank und die Welthandelsorganisation beteiligt. Prof. Dr. Maria Floro möchte wichtige Punkte bezüglich der Gender-Dimensionen anhand dieses Dokuments ansprechen, das auf der UNO-Internetseite zu finden sei (<http://www.un.org/esa/ffd>).

In der Präambel des Monterrey Konsensdokumentes werde angemessenerweise anerkannt dass Entwicklung "nachhaltig, gender-beachtend und menschenorientiert" sein müsse. Das Dokument erkläre auch, dass Gender-Gleichheit essentiell sei wie auch das Empowerment von Frauen und die Verbesserung von Wachstum und Verteilung. Das Dokument spreche die Notwendigkeit einer gender-empfindlicheren Zuweisung von Investitionen und den Aufbau von Fähigkeiten, damit alle Regierungen Gender Budget-Politik umsetzen könnten.

Ziel der Konferenz in Monterrey sei die Mobilisierung, Zuteilung von Ressourcen um die international vereinbarten "Millennium"- Entwicklungsvorgaben zu erfüllen, unter anderem gegen Gender-Ungleichheit und Armut. Mit dazu gehörten weitere Verpflichtungen früherer UNO-Konferenzen wie der Weltfrauenkonferenz in Peking oder dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen.

Prof. Dr. Maria Floro möchte zunächst auf Gender Budgets eingehen bevor sie weitere Aspekte des Monterrey Konsensentwurfs nennt.

Die Gender Budget Analyse ist ein partizipativer Prozess, es handele sich nicht um eine einfache Zuteilung eines Budgets der die Bedürfnisse von Frauen anspreche, auch wenn dies ein wichtiger Teil davon sei. Die Gender-Sensitive Budget Initiative könne sicherstellen dass die Prioritäten in der Formulierung und Implementierung des Budgets auf demokratische Weise zustande kämen. In diesem Prozess würden Frauen aktiv beteiligt und andere Mitglieder der Zivilgesellschaft, die dafür sorgten, dass ihre Regierungen zur Rechenschaft verpflichtet seien. Dies sei ein konkreter Mechanismus der Haushaltsprozesse transparent werden lasse. Das Ausmaß in dem Regierungen die Grundbedürfnisse von Männern, Frauen und Kindern erfüllen könnten sei der fundamentale Maßstab für die Legitimität jeder Regierung.

Prof. Dr. Diane Elson hat zusammen mit UNIFEM, dem Commonwealth Sekretariat und Nichtregierungsorganisation in 19 Ländern an der Umsetzung der Gender-Sensitive Budget Initiative gearbeitet. Prof. Dr. Maria Floro erläutert die Funktionsweise und Kriterien des Gender-Sensitive Budgets.

Dennoch seien die gegenwärtigen Diskussionen zur Entwicklungsfinanzierung noch immer sehr unzureichend hinsichtlich der Gender-Dimensionen von weitgefassten nationalen und internationalen ökonomischen Bedingungen mit denen der öffentliche Sektor und dessen Finanzierung sehr stark verknüpft sei. In den fünf anderen fünf Gebieten der Konferenz sei der Gender-Aspekt unsichtbar, Verschuldung, Finanzierung, internationaler Handel, Direktinvestitionen, usw.

In der Globalisierungsära seien die Regierungen bei der Mobilisierung und beim Management von öffentlichen Geldern erheblichen Unsicherheiten ausgesetzt und starkem Druck von multilateralen und Finanzinstitutionen. Die Aufgabe, die Grundbedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, würde dadurch erschwert.

Gender-Auswirkungen und Verteilungseffekte ergäben sich auch durch Verschiebungen da Regierungen keine Steuern auf Kapitalerträge und Währungstransaktionen erheben, dies führe zu indirekten Steuern auf Grundversorgungsgüter im öffentlichen Bereich.

Prof. Dr. Maria Floro nennt weitere Empfehlungen, beispielsweise hinsichtlich der Regulierung der Finanzmärkte und der Überwachung internationaler Kapitalflüsse.

Abschließend betont Prof. Dr. Maria Floro dass die Regierungen, die Gesellschaft und alle interessierten Parteien trotz allem sicherstellen sollten diese Chance in Monterrey nicht verpassen.

Der **Vorsitzende** dankt der Referentin und leitet zu einer kurzen Diskussion über. Die Kommissionsmitglieder stimmen dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, die Diskussion für das allgemeine Publikum zu öffnen.

Der **Vorsitzende** stellt eine Frage zum Konsens von Monterrey, er habe in New York und in Berlin Meinungen vernommen dass es sehr schwer sein würde einen Konsens zu finden in Monterrey, und fragt sich ob die Konferenz einen finanziellen Ausgang finden würde.

**Prof. Dr. Maria Floro** gibt sich überhaupt nicht optimistisch, es würden viel Besorgnis und verhaltene Einschätzungen geäußert werden.

Das Ergebnis des Diskussionsprozesses zur Entwicklungsfinanzierung sei sehr enttäuschend gewesen für viele zivilgesellschaftliche Gruppen, NGOs und Frauengruppen. Es sei ein schwieriger Prozess, die UNO hat auch andere Organisationen dazu eingeladen, wie Weltbank, IWF und WTO. Die sei ein Präzedenzfall gegeben dass alle vier großen Organisationen zusammenkommen um einen kohärenten Plan zu kreieren. Dies habe vor allem in den Entwicklungsländern sehr viel Anlass zu großer Hoffnung gegeben, dass die Dringlichkeit der Entwicklungsfinanzierung endlich angesprochen werde. Bisher wurden diese Hoffnungen leider enttäuscht, dies heiße aber nicht dass der Prozess tot sei. Beim vierten Vorbereitungstreffen, an dem Prof. Dr. Maria Floro teilgenommen habe, sei die Tagesordnung von einigen UNO-Mitgliedsländern geändert worden, und die weltweite Rezession und die Anschläge vom 11. September 2001 nähmen einen viel wichtigeren Stellenwert ein als das Thema Gender, das wir eigentlich erreichen wollten in Monterrey. Wir brauchen etwa 50 Milliarden Dollar um die Ziele der Millennium-Erklärung zu erreichen. Nun, nachdem die Planung der Monterrey-Konferenz beendet worden sei, sei unklar woher das Geld kommen solle. D.h. dies müsse aus der Mobilisierung häuslicher Reserven generiert werden, doch die Handelspolitik und Finanzpolitik, die auch von den bisheri-

gen Referentinnen kritisch betrachtet worden sei, bleibe enttäuschenderweise unverändert.

Trotzdem glaubt Prof. Dr. Maria Floro dass es wichtig sei dass die Zivilgesellschaft und die Regierungen sich weiterhin auf diese Themen der Entwicklungsfinanzierung konzentrieren um nicht mehr einer standardökonomischen Denkweise folgen sondern die Gender-Dimension einbezögen.

**Marion Boeker** vom "Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess" (KOK) betont die Wichtigkeit des Kampfes gegen Menschenhandel und die Bekämpfung von Armut überall in den Herkunftsländern der Migrantinnen. Es müsse ein ganz neues System entwickelt werden zur Definition der Finanzierung.

Das Gender Budgeting sei im neuen Koalitionsvertrag in Berlin eingebracht worden. Auf Länderebene und bundesweit sollten sich Frauen ohne Geduld dafür einsetzen.

Das sachverständige Mitglied, Prof. Dr. Franz **Nuscheler**, weist auf eine Stelle bei Karl Marx hin, dass die Frauenemanzipation mit der Frauenbeschäftigung begonnen habe. Bei der Diskussion in dieser Anhörung schien die Beschäftigung von Frauen als eher negativ gesehen worden zu sein, als erhöhte Ausbeutung anstelle von Beschäftigung. Globalisierung bedeute Beschäftigung von Frauen in den Exportproduktionszonen (EPZ). Er habe mit Gewerkschafterinnen beispielsweise in Sri Lanka gesprochen, die 40 Stunden Arbeit im EPZ ohne Urlaub und Arbeitsschutz, und diese zogen dieses Leben dem im Haushalt vor. Eine wachsende Erwerbsquote der Frauen, Liberalisierung sei ein Fortschritt, und in den Referaten sei Beschäftigung in den EPZ nicht als ein Akt der Befreiung gedeutet worden.

Prof. Dr. Friederike Maier vermutet ein Missverständnis, denn sie denke ganz traditionell dass Erwerbstätigkeit von Frauen gegen Lohn anstelle von unbezahlter Arbeit im Haushalt ein Fortschritt sei. Es gebe aber sehr viele widersprüchliche Begleiterscheinungen, wie ausbeuterische Bedingungen der Erwerbsarbeit und dann müssten Frauen mit Hilfe der Gewerkschaften und anderer Organisationen in den betreffenden Ländern sich dagegen wehren und darin unterstützt werden. In Osteuropa, prä-

zisiert Prof. Dr. Friederike Maier, werde die Landwirtschaft aufgrund des Strukturwandels ein Auffangbecken für Frauen aus gutbezahlten Arbeitsplätzen, dies stelle einen gesellschaftlichen Rückschritt dar.

Der **Vorsitzende** stellt eine ganz Reihe von Wortmeldungen fest.

**Barbara Wagner**, Zentrum für Weiterbildung in Frankfurt, aktiv im Deutschen Gründerinnenforum und im Verband Deutscher Unternehmerinnen, fragt sich zum statistischen Datenmaterial warum es in Deutschland und anderen Ländern so wenige wirtschaftspolitische Analysen zum Thema gebe.

Eine Vertreterin der Weiberwirtschaft in Berlin, ein Existenzgründerinnen- und Gewerbezentrum von Frauen für Frauen und die größte europäische Frauenkooperative, merkt an dass der Strukturwandel auch in Westberlin stattgefunden habe und dass Migrantinnen in bestimmten Bereichen an den Rand gedrängt worden seien. Selbst in einfachen Jobs wie Putzkolonnen, Flughafenpersonal würden nur noch Männer beschäftigt.

**Dr. Achola Pala Okeyo** bemerkt, dass früher gesagt worden sei dass es den Frauen die in Südafrika unter dem Apartheidsregime die Unabhängigkeit anstrebten besser gegangen sei als anderen Frauen im südlichen Afrika. Es sei entscheidend wie die Frauen als bezahlte Arbeitskräfte behandelt werden, in Europa und in anderen Ländern. In EPZ spielten die Auswirkungen der Beschäftigung und Löhne auf das Leben der Frauen eine Rolle, hinsichtlich Gesundheit, Ernährung, u.a. Den Firmen wurden vor der Niederlassung in den jamaikanischen EPZ billigere Löhne und weibliche Arbeitskräfte versprochen. Sie waren vorher in Südostasien oder Mexiko, mit Beschäftigten der selben Altersgruppe, 16 bis 24jährige Frauen, die dort aber Familienmitglieder und Zusatzverdienerinnen waren, in Jamaika seien diese Frauen Haushaltsvorstände und seien als Familienernährerinnen auf höhere Löhne angewiesen.

Der **Vorsitzende** erteilt Prof. Dr. Pawan Surana das Wort.

Prof. Dr. Pawan **Surana** reagiert auf die Frage Prof. Dr. Nuscheler mit den Worten, dass mit der Berufstätigkeit in der Gesellschaft eine Anerkennung als Person einhergehe.

**Cornelia Dinder** arbeitet für die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die im Auftrag der Bundesregierung einen Teil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durchführt, und fragt Prof. Dr. Friederike Maier nach den drei Erwerbsmodellen, die relativ unverändert geblieben seien. Auf der anderen Seite sei gemäß Prof. Dr. Maier ein neuer Gesellschaftsvertrag in der Bundesrepublik notwendig, dies gelte wohl auch für andere Länder. Wo seien realistische Perspektiven für Veränderungen sichtbar? Eine zweite Frage an Dr. Floro bezieht sich auf die erwähnten 19 Länder mit Budgetinitiativen. Welches sei hierbei die Rolle von Regierungen bei diesen Initiativen, sei dies eine zivile Einrichtung die von der Regierung unterstützt werde oder sei es eine öffentliche Einrichtung?

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Fragen und bittet Prof. Dr. Friederike **Maier** auf die Fragen einzugehen.

Prof. Dr. Friederike **Maier** bedankt sich für die Ergänzungen. Zu den statistischen Daten führt Maier den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an, dessen Auftrag vom Parlament präzisiert werden könnte in bezug auf die Analyse der Geschlechterverhältnisse. Sie könnte sich eine fraktionsübergreifende Initiative hierzu vorstellen und dies wäre an der Zeit.

Auf europäischer Ebene gebe es relativ viele Initiativen zur Verbesserung der Daten und Statistiken, bspw. durch das Europäische Statistische Amt EUROSTAT. Das Statistische Bundesamt sei an manchen Punkten nicht besonders schnell im Verfolgen europäischer Initiativen. Es gebe auch in der Bundesrepublik genügend Ökonomen die in der Lage wären für einzelne ausgewählte Aspekte Analysen zu erstellen, auch um Gender Budgets Initiativen aufzugreifen und öffentlicher machen. Es fehle teilweise an öffentlicher Unterstützung, Finanzen, Anträgen und Sichtbarkeit. Seit die EU das Gender-Mainstreaming in ihre Beschäftigungsprogramme integriere seien die Daten zu Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt etwas besser gewor-

den aber an allen anderen Punkten an denen es um versteckte Strukturen gehe fehlten die Daten in den meisten europäischen Ländern.

Die verschiedenen Erwerbsmodelle hätten sich innerhalb Europas in den 60er und Anfang der 70er Jahre relativ klar differenziert, die Entwicklungen gingen sehr stark auseinander. In der Bundesrepublik merkten auch Männer heute dass dieses Modell nicht mehr tragfähig sei. Frauen und Männer müssten verschiedene Punkte bündeln und auf einen Punkt bringen. Sie erinnert an die Debatte der Geburtenraten, an denen ein ungelöstes Problem klargemacht werden könne.

Auch aus der Pisa-Studie könnten Schlüsse gezogen werden, denn es sei kein Zufall welche Länder dabei sehr gut abgeschnitten hätten. Beispielsweise durch eine gute Kinderbetreuung, eine Vorstellung von Humankapital die Frauen mit einschließe. Die ostdeutschen Erfahrungen passten nicht auf das traditionelle westdeutsche Modell. Und wenn diese drei Stränge politisch zusammengeführt würden, könnte eigentlich eine Modernisierung angestoßen werden.

Prof. Dr. Maria **Floro** stellt fest, dass es bei den Initiativen zu gender-sensitive budgets Unterschiede gebe von Land zu Land hinsichtlich der Beteiligten und Durchführenden, ob sie regional oder national seien, usw.

Hinsichtlich der Statistiken berichtet Prof. Dr. Maria **Floro**, dass sie auf den Philippinen und den Fiji-Inseln mit der Nationalen Statistischen Behörde an einem Forschungsprojekt zusammengearbeitet habe. Es werde oft keine Notwendigkeit dafür gesehen, geschlechtsspezifische Arbeitsmarktstatistiken zu erheben. Im Bereich der Versorgungs- und Pflegeökonomie haben sehr viele Staaten, einschließlich der USA keine systematischen nationalen Daten erhoben. Zum Beispiel in Australien. Der Anteil an unbezahlter Arbeit in der Kinderversorgung ist enorm und die Belastung hat sich verschoben vom privaten Sektor in den öffentlichen Sektor.

Zum Zusammenhang zur Armut erläutert Floro, dass die Armutsgrenze in den USA auf altmodische Weise berechnet werde, sie umfasse z.B. wichtige Ausgaben wie die Kinderversorgung nicht. Die Statistiken in den Entwicklungsländern seien unzureichend, und ein ernstes Problem bei der Datenerhebung sei der informelle Sektor, auf dem die meiste Arbeit stattfindet. Durch den Globalisierungsprozess wurde die Beschäftigung verschoben von der sogenannten Fabrikarbeit zur zuliefernden Heim-

arbeit mit Unterverträgen. Viele Frauen seien in sehr prekären Beschäftigungsverhältnissen ohne Gewerkschaft, Arbeitsschutz oder Versicherungen und würden in den Statistiken nicht erwähnt.

Prof. Dr. Diane **Elson** bestätigt kurz, dass die Initiativen zu Gender Budgets unterschiedlich seien, einige von Regierungen veranlasst. Die australische Regierung habe als erste in den 80er Jahren eine Stellungnahme zu Gender im Haushalt verfasst, in Südafrika wurde das Gender Budget im Parlament initiiert und Frauen in NGOs arbeiteten eng zusammen mit den Ministerien, dies habe sich als sehr erfolgreich erwiesen. In Großbritannien war dies nicht der Fall, die Arbeit wurde von einem Frauennetz begonnen und der gewerkschaftlichen Frauenbewegung, der National Commission, mit einer Stellungnahme zum vom Parlament präsentierten Budget. Nun fänden regelmäßige Beratungen mit dem Finanzministerium zur Haushaltsplanung statt. In vielen Ländern werde diesen Dialog als sehr nützlich gewertet.

Der **Vorsitzende** bittet die Referentinnen um Entwürfe für ein bis zwei globalisierungsbezogene Empfehlungen die im Bericht der Enquete-Kommission Eingang finden könnten. Der Bericht - dies müsse noch in der Kommission diskutiert werden - werde voraussichtlich ein Kapitel zu Geschlechterverhältnissen enthalten, nebst Gender-Aspekten in anderen Kapiteln.

Nach der Kaffeepause erteilt der **Vorsitzende** Dr. Caroline Moser das Wort, die von 1990 bis 2000 bei der Weltbank angestellt war.

**Dr. Caroline Moser** bedankt sich bei der Enquete-Kommission dafür, dass Gender und Globalisierung als wichtiger Teil ihrer Arbeit definiert worden sei und bedankt sich anschließend für die Einladung. Sie wurde gebeten, über *Gender-Mainstreaming bei internationalen Organisationen* zu sprechen. Diese Bitte habe sie kurz nach dem 11. September 2001 erhalten, als der globale Terror und die Gewalt uns alle sehr beschäftigten. Sie habe deshalb gebeten, diesen Punkt ebenfalls ansprechen zu können.

Dr. Caroline Moser spricht deshalb über zwei Fragen, den Leistungsnachweis der internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere der Weltbank, zum Gender-Mainstreaming, sowie den Gender-Zusammenhang von Terror und Gewalt vor dem Hintergrund der Globalisierung und die Rolle der internationalen Institutionen bei der Bearbeitung dieses Problems. Der Zusammenhang zur Globalisierung ergebe sich aus der zunehmenden Entfremdung, Ausgrenzung und Ungleichheit.

Dr. Caroline Moser habe bei der Weltbank an einer Studie zu den Auswirkungen von makroökonomischen Strukturanpassungsmaßnahmen auf Haushalte gearbeitet. Sie spreche jedoch nicht als Vertreterin der Weltbank, sondern als Exbürokratin. Sie habe bei der heutigen Anhörung ein gewisses gesundes "Bank-bashing" vernommen. Die Weltbank und die IWF dienten als Sündenböcke, doch es sei wichtig sich auf die Regierungen zu konzentrieren und auch die Rolle von Deutschland zu beleuchten. Es habe sich in den vergangenen 20 Jahren eine wichtige Verschiebung in der Entwicklungspolitik vollzogen von einer Politik die Frauen als besondere Zielgruppe betrachtet, dem Ansatz "*Frauen in der Entwicklung*" (WID), hin zu einer Politik die Gender als Teil der Entwicklung betrachtet, "*Gender und Entwicklung*" (GAD). Ähnlich wie sich die wirtschaftlichen Paradigmen im Laufe der Jahre geändert hätten sei die Rolle der Frauen anders betrachtet worden. Der Ansatz "Women in Development" sei in den 70er Jahren aufgekommen, Frauen wurden als unausgeschöpfte Ressource für die Entwicklung angesehen. In den 80er Jahren seien nicht so sehr die biologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen thematisiert, sondern das soziale Verhältnis zwischen männlich und weiblich, das Gender-Verhältnis als soziales Konstrukt. Wie Prof. Dr. Diane Elson bereits betont habe, würden sich diese Gender-Verhältnisse nicht auf Männer oder Frauen beziehen, sondern die sozialen Verhältnisse die wie diejenigen von Klasse, Ethnizität, Staatsangehörigkeit und Religion sich mit der Zeit verändern würden und nicht fix seien.

Im Zuge der Globalisierung, beispielsweise durch die Deregulierung von Arbeit, erfolgten konzeptionelle Veränderungen. In manchen Bereichen hätten auch Männer Probleme, schlecht bezahlte Teilzeitarbeit zu bekommen. Deshalb würde nicht nur die Situation der Frauen, sondern die gesamten Gender-Verhältnisse, also auch die männliche Identität und die Thematik der Maskulinität untersucht. Im Bereich Gender und Entwicklung gehe es um Identität und Unterschiede bezüglich der Macht, dem

Zugang zu Macht, Ressourcen sowie auch die Beteiligung von Haushalten, der Gemeinde, u.a. in sozialen Institutionen auf staatlicher und globaler Ebene.

Zur *Bedeutung von Gender-Mainstreaming* erläutert Dr. Caroline Moser, dass das Bewußtsein zu Gender als ein integraler Teil von Entwicklungsarbeit nicht automatisch zu einer Übersetzung in die Praxis führe. Gender-Mainstreaming bedeutet die Herausforderung eines Einbeziehens ins Zentrum der eigentlichen Entwicklungspraxis, nicht bloß eine Addierung.

Zwei Instrumente der Operationalisierung könnten unterschieden werden, die getrennte Vorgehensweise und die Mainstream- Politik. Die Diskussion in der Enquete-Kommission, ob es ein eigenes Kapitel im Bericht gebe, spreche diese Thematik an, weil in solchen Fällen oft Gender im Rest eines Berichtes nicht berücksichtigt werde. Hinsichtlich der *institutionellen Struktur*, innerhalb der das Mainstreaming erfolge, entstünde die Frage ob es sinnvoller sei dafür eine völlig neue Struktur zu schaffen oder innerhalb bestehender Institutionen die Thematik zu etablieren. Viele Regierungen weltweit hätten spezialisierte Institutionen für das Mainstreaming aufgebaut, die bekannten "Frauen-Maschinerien". In neuerer Zeit hätten sich Institutionen bewegt vom Spezialistentum hin zu Gender-bewußten Generalistinnen und Generalisten. Ideal wäre eine Kombination beider Strategien.

Nun spricht Dr. Caroline Moser über die Herausforderungen des Gender-Mainstreaming in der *Weltbank*. In Bürokratien würden Probleme positiv Herausforderungen genannt.

Erst vor kurzem, 1992, wurde eine bankweite Strategie entwickelt, die jedoch gender-spezifisch sei, orientiert auf ökonomische Effizienz und noch nicht in der gesamten Institution Bestandteil des Mainstream geworden und umgesetzt worden sei. Es gebe einen massiven Mangel an konsistenter Politik. Einige Erfolge wurden verzeichnet in den Gebieten bei denen es um die Rolle der Frauen als Mütter in der Entwicklungspolitik gehe, meist hinsichtlich der Müttersterblichkeit und Kinderernährung, Mädchenbildung zum Abbau von hohen Geburtenraten. Auf der makroökonomischen Ebene sehe dies anders aus, bei den negativen Auswirkungen von Strukturanpassungen auf Haushalte, wie dies bereits von Prof. Dr. Diane Elson beschrieben worden sei.

Ein weiteres Beispiel von makroökonomischer Politik in der Weltbank, bei der die Gender-Thematik noch nicht integriert worden sei, seien die Strategiedokumente (PRSP) zur Armutsreduzierung von IWF und Weltbank. Im PRSP-Handbuch etwa werde Gender in einem eigenen Kapitel behandelt und nicht in den verschiedenen Kapiteln zentral eingebaut.

Es gebe viele Ursachen warum das Gender-Mainstreaming in vielen Fällen noch nicht gelungen sei, erstens den "bürokratischen Widerstand" gegenüber Gender, der bestimmt auch in der BRD nicht unbekannt sei. Die Vertreter und Vertreterinnen der Mitgliedsstaaten hätten genauso einen konzeptionellen Einfluß auf die Weltbank wie die homogene und vielfältige Ansammlung von Menschen die in der Bank arbeiten. Wenn in der BRD der male breadwinner bias vorherrsche, dann würde sich der vermutlich der deutsche Exekutivdirektor bei der Weltbank auch entsprechend dieser Linie äußern. Ein weiterer wichtiger Grund sei die Tatsache, dass Gender-Spezialistinnen und -Spezialisten in der Weltbank einen niedrigen Status, geringe Wichtigkeit und niedrige Positionen innehätten. Innerhalb der Institution seien viel Zynismus und Ignoranz zum Thema verbreitet, die Weltbank sei stark strukturiert durch männliche Privilegien und von Ökonomen dominiert. Mittlerweile wachse zwar die Anzahl der dort arbeitenden Frauen, aber diese nähmen nicht unbedingt eine Gender-Perspektive ein. Innerhalb von Institutionen in denen der Wettbewerb sehr intensiv sei, seien es oft die etablierteren Männer, die sich stärker für Genderthemen einsetzten als ihre jungen Kolleginnen die um ihre Karriere bangten.

Dr. Caroline Moser spricht die Rolle von Deutschland als Mitgliedsstaat in der Weltbank an. Innerhalb einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik, der Schaffung von Anreizen und der Gestaltung von Konditionalitäten, wird viel europaübergreifender gearbeitet. Zu Armut und sozialer Politik, beides tief eingebettet in Gender-Fragen, seien beim Gender-Mainstreaming entscheidende Schritte nach vorne in der Weltbank und anderen Institutionen getätigt worden. Die deutsche Regierung sollte stark über die EU-Politik und deren Position zu Gender und Entwicklung nachdenken.

**Dr. Caroline Moser** wechselt nun das Thema hin zum *Zusammenhang von Gender mit Terror und Gewalt* und der Frage, *wie internationale Institutionen sich mit diesen Problemen befassen* könnten.

Ein zunehmendes Ausmaß an Terror, Konflikten und politischer Gewalt wie auch zahlreiche "siedende" Konfrontationen innerhalb von Staaten bedeuteten riesige Probleme für all jene die sich mit Entwicklungspraxis befassen. Während die erschütternde Tragödie des 11. September 2001 die globale Eigenschaft des Terrors aufgezeigt habe, hätten unzählige Länder Jahrzehnte von Kriegen durchgestanden, andere lebten unter der ständigen, weniger zur Kenntnis genommenen, Bedrohung von politischer Gewalt. In denjenigen Staaten, in denen Friedensabkommen unterzeichnet worden seien, hätte sogar die Gewalt zugenommen, insbesondere in der sehr fragilen Übergangszeit zu "permanentem" Frieden. Auch die globale Kriminalität nehme zu, wie auch die häusliche Gewalt, und Gewalt werde nun als größtes Entwicklungshindernis anerkannt.

Die Globalisierung produziere Gewinnende und Verlierende. Gemäß neueren Studien hinge eher zunehmende Ungleichheit als zunehmende Armut mit steigenden Kriminalitätsraten zusammen.

Bis anhin würden Terror, politische Gewalt und Krieg weitgehend als "männliche Domänen" gesehen. Dies schließt vereinfachte Darstellungen von Rollenverteilungen mit Männern als Tätern und Frauen als Opfer ein.

Diese gender-blinde Darstellung der Ursachen, Kosten und folgen von Terror und Gewalt führe zu einem weitgehend fehlenden Blick auf die Auflösung der Zuschreibung der Frauen auf passive, friedliche Stereotypen. Frauen könnten statt dessen sich aktiv bei Friedensverhandlungen und anderen gewaltreduzierenden Initiativen und Lösungen zu langfristigem Frieden und Entwicklung beteiligen. Männliche und weibliche Geschlechtsrollen seien ideologisch zugeschrieben. Es gäbe ein Kontinuum an drei verschiedenen Typen von politischer/ institutioneller, ökonomischer und sozialer Gewalt die miteinander verknüpft seien und die auch nicht getrennt behandelt werden dürften um nachhaltigen Frieden zu erzielen. Häusliche Gewalt hätte eine Präsenz sowohl in politischer wie auch ökonomischer Gewalt. Internationale Institutionen hätten hier eine wichtige Rolle zu spielen.

Abschließend weist **Dr. Caroline Moser** erneut darauf hin, dass Terrorismus, Krieg und Gewalt jetzt als eines der wichtigsten Hindernisse für Entwicklung anerkannt worden seien. Dies betreffe nicht nur die nationale Entwicklung sondern auch die internationale Ebene, die Kosten und Konsequenzen von Krieg und Gewalt gingen

quer durch die Bevölkerung, und betreffen Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, Ethnie, Rasse und Religion, z.B. Infrastrukturkosten, aber auch die Art und Weise wie solche Konflikte und Gewalt die physischen, menschlichen Ressourcen und das soziale Kapital unterminiert. Internationale Institutionen müssten eine integrale Politik entwickeln um die Rolle aller sozialen Faktoren zu stärken und den Friedensprozess voranzutreiben.

Ganz zum Schluss betont **Dr. Caroline Moser**, dass es wichtig sei dass sich globale Institutionen um Gender-Mainstreaming bemühen, aber sie müssten auch erkennen dass die wichtigen Themen wie Globalisierung, Angst und Unsicherheit, die jetzt im 21. Jahrhundert vor uns lägen, uns keine Zeit lassen. Die deutsche Regierung habe hier eine wichtige Rolle zu spielen um Anreize und Bedingungen zu schaffen um Institutionen eine proaktive Rolle bei diesen Themen zu ermöglichen und den deutschen NGOs käme ebenfalls, wie auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, eine wichtige Funktion zu als Lobby in der internationalen Gemeinschaft um die Debatten zu diesen Themen voranzutreiben.

Der **Vorsitzende** bedankt sich mit einer Zwischenbemerkung zu Anglizismen und schlägt den Begriff "Gleichstellungsnormalität" für Gender-Mainstreaming vor.

**Prof. Dr. Pawan Surana** bedankt sich für die Einladung und dem Sekretariat äußert ihre Hoffnung dass die Enquete-Kommission unter der Leitung von Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker etwas Konkretes in Richtung Gleichberechtigung der Menschheit beitragen werde. Sie bedankt sich ebenfalls für die Themenstellung über die nicht einfach zu sprechen sei, *die Auswirkungen der Globalisierung auf Menschenhandel und Zwangsprostitution in Indien*.

Ein genaues Bild zur Prostitution in Indien sei nicht zu erstellen, da sexuelle Ausbeutung sowie Frauen- und Kinderhandel meist undokumentierte Vergehen seien. Eine neuerliche Publikation zum Menschenhandel schätzt etwa 2,3 Millionen Prostituierte in Indien. Etwa 20 Prozent der Frauen in der Prostitution seien unter 18. Prostitution mit sozio-religiöser Sanktion herrsche immer noch vor, die Mädchen würden aus ländlichen Gebieten in die urbanen Gebiete entführt und dort von Reichen ausgebeutet. Mädchen und junge Frauen die unter der Armutsgrenze leben

oder unteren Kasten und Klassen angehören drohe dieses Schicksal vergleichsweise häufiger. Die Globalisierung vereinfache den Menschenhandel zwischen Bundesstaaten und Ländern.

Prof. Dr. Pawan Surana veranschaulicht die vorherrschende geschlechtliche Diskriminierung innerhalb der Gesellschaft mit einigen statistischen Daten. Die Zahl derjenigen, die in ländlichen Gebieten unter der Armutsgrenze lebten, habe sich erhöht. Durch die Globalisierung würden unqualifizierte Arbeitskräfte meist benachteiligt. Eine der wesentlichen Gründe für die Ausbeutung durch Menschenhandel sei das alarmierende Ausmaß von Analphabetentum unter Frauen im Vergleich zu den Männern. Im Jahr 2001 waren etwa die Hälfte der Frauen Analphabetinnen. Sie würden ihre Rechte nicht kennen, hielten ihre Lage für Schicksal und glaubten vor lauter Folter kaum an eine Hoffnung. In entfernteren Gebieten betrage die Alphabetisierung unter indigenen Frauen und Frauen aus unteren Schichten nicht einmal 4 Prozent. Von 100 Mädchen könne nur eins die Schule von der ersten bis zur zwölften Klasse besuchen. Aufgrund von Unterernährung stürben 25 Prozent der Mädchen vor dem 16. Lebensjahr. Das Verhältnis zwischen Frauen zu Männern in Indien betrage 972 Frauen auf 1000 Männer, obwohl mehr Frauen als Männer geboren würden. In der patriarchalen indischen Gesellschaft würden Frauen als Ware betrachtet. Im Zuge der Globalisierung habe der Tourismus zugenommen, und Mädchen mit Schul- oder Gymnasiumsabschluss aus Familien mit niedrigerem Einkommen arbeiteten als Call Girls. Manche Mädchen würden in die Golfstaaten verschleppt und dort ausgebeutet. Ein Drittel dieser Frauen in den Golfstaaten werde vergewaltigt und zwei Drittel würden physisch und ökonomisch ausgebeutet.

Die Brutalität der Prostitution sei so komplex und immens in der indischen Gesellschaft dass die wenigen Anstrengungen der NGOs zur Rettung und Rehabilitierung der Opfer nur einen Tropfen im Ozean darstellten. Es bestünden staatliche Frauenhäuser, die jedoch in unzulänglichem Zustand seien aufgrund des Geldmangels und auch die Hilfe für die Häuser der NGOs sei unzureichend. Es existierten auch Schulen. Die Vernetzung unter den NGOs sollte verbessert werden, Bewusstseinsprogramme insbesondere in ländlichen Gebieten sollten durchgeführt werden. Frauen in Indien forderten die Registrierung aller Ehen in Indien um Scheinehen zu verhindern.

Die Regierung sollte Programme zum Abbau von Armut in ländlichen Gebieten umsetzen.

Zuletzt betont Prof. Dr. Pawan Surana, dass die Prostitution unerwünscht sei, aber nicht unvermeidlich. Deren Ausschaltung erfordere eine Umstrukturierung der sozialen Bereiche, die den Männern und Frauen größere sexuelle Freiheiten gebe in der die Identität der Frau als Mensch respektiert werde. Bildung und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen würden ihre Verletzbarkeit bekämpfen und würden zu einer menschenwürdigen Anerkennung der Frauen führen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für das Referat sowie bei den Dolmetscherinnen und Dolmetschern und eröffnet die Diskussion.

Abg. Annelie **Buntenbach** (B'90/Grüne) greift aus dem Vortrag von Dr. Caroline Moser den Aspekt des Terrorismus und seiner Bekämpfung auf, da dies ein Punkt sei der in den nächsten Jahren die politischen Spielräume sehr stark einschränken werde beim Gender-Mainstreaming von öffentlichen Haushalten. Der Anstieg von Militärausgaben in den USA sei immens und stehe auch in anderen Ländern an. Da nicht mit einer Erhöhung der Staatsquote insgesamt zu rechnen sei, sei zu befürchten dass es Einschränkungen geben werde im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge die eben gerade wieder zu Lasten von Frauen ausgehen würden, in der Gesundheit, Pflege, Kindererziehung, usw.

Zweitens sei die öffentliche Diskussion nach dem 11. September 2001 sehr stark auf Militär fokussiert worden, auf Militär als Mittel mit dem der Terrorismus bekämpft werden könne, und in der deutschen Diskussion sei zumindest der Eindruck entstanden das dies das einfachste, entschlossenste und klarste Mittel sei und die Risiken und Nebenwirkungen seien schlicht ignoriert worden. Gleichzeitig würde eine männliche Domäne und eine Ebene in den Vordergrund gestellt auf der wir nicht imstande seien Konflikte zu "lösen". Deswegen sei es wichtig andere Ebenen der Deeskalierung und der langfristigen Konfliktlösung in den Vordergrund zu stellen um gegen Gewalt in der Gesellschaft vorzugehen. Dabei seien gerade die internationalen Institutionen und Initiativen zu stärken, die sich gegen diese Gewalt und ekla-

tante Ungleichheit und dem Ausschluss von Teilhabe von vielen in der internationalen Gesellschaft wenden. Deshalb müssten wir uns viel intensiver mit Initiativen zu Drogenhandel, Waffenhandel und eine Entwaffnung unter Gender-Gesichtspunkten auseinandersetzen weil sonst eine gegenläufige gesellschaftliche Entwicklung stattfände.

Das sachverständige Mitglied, Prof. Dr. Brigitte **Young** spricht ebenfalls die Verbreitung von militärischen Waffen und zunehmende Militarisierung der Gesellschaft an, und die starke Fokussierung auf militärische Sicherheit, dem menschliche Sicherheit entgegengesetzt werden müsse, wie sie auch in der UNO diskutiert werde, nicht nur Nahrungssicherheit, Arbeitssicherheit. Gender-Mainstreaming sei ein sehr schwaches Werkzeug also müsse die menschliche Sicherheit mit einer Gender-Dimension versehen (*engendered*) werden.

Abg. Dr. Sigrid **Skarpelis-Sperk** (SPD) ist der Meinung, dass die menschliche Sicherheit, die auch in der Aufgabenstellung durch das Parlament in der Kommission bisher vernachlässigt worden sei. Es sollte der Versuch unternommen werden, nach der Fertigstellung des Berichtes noch in dieser Legislaturperiode eine Anhörung dazu durchzuführen.

Im Hinblick auf Empfehlungen für den Bericht nimmt Dr. Sigrid **Skarpelis-Sperk** Bezug auf den Rat von Dr. Caroline Moser, dass die deutsche Bundesregierung und die NGOs stärkeren Druck ausüben sollten auf den Gouverneursrat. Wie könne der bürokratische Widerstand systematisch aufgelöst werden, denn mit Ermahnungen allein sei es nicht getan, notwendig sei ein sinnvoller Dialog damit die Bürokraten ihre Lernfähigkeit entwickeln und positiv für die Frauen umsetzen könnten.

Abg. Ursula **Lötzer** (PDS) erweitert die Diskussion zu Terrorismus und menschlicher Sicherheit um den Begriff Demokratie bzw. Demokratisierung, Spielräume und Einflüsse für Bewegungen. In allen Ländern, auch hier, nähme jedoch im Zuge der Terrorismusbekämpfung die Repression und Unterdrückung von Bewegungen und Alternativen zu.

Im Bezug auf den Gender-Aspekt sei bei allen Vorträgen deutlich geworden spiele der Erhalt öffentlicher Güter und Daseinsvorsorge eine besondere Rolle, und ohne eine Erhöhung der Staatsquote wird dies nicht möglich sein. Auch wenn für Frauenhäuser die Mittel nicht da seien, habe dies auch mit Globalisierung zu tun, dass in allen Ländern, auch den Entwicklungsländern die Staatsquote gesenkt werde mit Steuerdumping für transnationale Konzerne, Exportorientierung, usw. Beispielsweise würden in Indien exportorientierte Unternehmen bis 2010 von der Steuer befreit. Nebst der Tobin Steuer werde die Besteuerung transnationaler Konzerne eine wichtige Auseinandersetzung um öffentliche Daseinsvorsorge überhaupt wieder gestalten zu können, auch unter dem Gender-Aspekt.

Vor den Antworten der Referentinnen weist der **Vorsitzende** auf ein Gutachten von Prof. **Scherpf** hin, das in der Arbeitsgruppe 5 der Kommission erstellt wurde, in dem eine Korrelation festgestellt worden sei zwischen dem sogenannten geschützten Bereich und der Frauenbeschäftigungsquote. Bemerkenswert sei dass die USA mit einer niedrigen Staatsquote einen größeren geschützten Bereich hätten als Deutschland mit einer hohen Staatsquote. Die strikte Koppelung von geschütztem Bereich und Staatsquote sei also empirisch nicht zutreffend.

Dr. Caroline **Moser** stellt fest, dass die Fragen sehr komplex waren und bedauert dass sie in der Kürze der Zeit nicht sehr ausführlich auf sie eingehen könne. Zunächst geht sie auf das Thema Militarisierung und den Bezug zu Haushaltskürzungen ein. Es müsse noch viel mehr getan werden, damit Entwicklung nicht als ein Problem der Armut, sondern der Ungleichheit gesehen werde. Dr. Caroline Moser habe zehn Jahre lang in der Weltbank auf eine Diskursverschiebung hin gewirkt und es stehe noch ein langer Weg bevor. Es werde viel lieber über Armutsbekämpfung gesprochen, denn Ungleichheit habe mit Macht zu tun und mit Machtbeziehungen und anderer komplexer Themen. Bei der Anerkennung dass Gewalt und Terror damit zusammenhängen zeigte sich dass wir dieses Phänomen noch viel mehr verstehen müssten als dies bisher der Fall gewesen sei.

Zweitens ist Dr. Caroline Moser der persönlichen Ansicht, dass hinsichtlich der Demokratisierung ein beginnendes Bewusstsein erkennbar sei zu den Auswirkungen

patriarchaler Gesellschaften auf junge Männer. Dies habe mit Gender zu tun, und auch mit den strukturellen Beziehungen zwischen den älteren männlichen Führungspersönlichkeiten und den Frustrationen und den Gefühlen von Ausgeschlossenheit insbesondere bei jungen Männern.

Drittens seien bei der Weltbank sehr interessante Forschungsstudien mit partizipatorischen Methoden erarbeitet worden. Dort sei festgestellt worden dass ein Großteil der Gewalt auf kommunaler Ebene innerhalb von Haushalten beginne. Deshalb könne Gewalt außerhalb der Haushalte, auf den Straßen, nicht als getrennt gesehen werden. Die Ressourcen müssten hier spezifisch zugeteilt werden um die Ursachen des riesigen Ausmasses an häuslicher Gewalt zu verstehen, nicht nur von Männern an Frauen, sondern auch Kindesmisshandlungen sowie Generationenkonflikte zwischen Vätern und Söhnen, usw. Die Zusammenhänge zwischen den Vorgängen innerhalb von Haushalten und der breiteren Ökonomie seien wichtig.

Unsicherheiten hätten sehr viel mit der Genderproblematik zu tun, betont Dr. Caroline Moser. Angst und Unsicherheit seien ebenso wichtig wie die Gewalt selbst hinsichtlich ihrer Bewältigungsstrategien. Dr. Caroline Moser sei sehr oft in Lateinamerika und habe dort gesehen, dass Schulen in Slums sehr oft nicht funktionieren, weil Kinder und Lehrer Angst hätten zur Schule zu gehen.

Zuletzt geht Dr. Caroline Moser auf das Problem der Bürokratie ein. Wenn sie wüsste wie das Problem zu lösen sei, wäre sie vielleicht bei der Weltbank geblieben. Eines der Probleme in der Weltbank auf der Führungsebene liegt darin dass es nur sehr wenige Frauen dort gebe. Die langjährige holländische Vertreterin bei der Weltbank, Eveline Hoefkens, die jetzt Chefin der Entwicklungszusammenarbeit in der niederländischen Regierung sei, habe sehr ungern über Genderthemen gesprochen, weil sie auf dieses Thema festgelegt worden sei und bei anderen Themen nicht ernstgenommen worden wäre. Gerade die nordischen Länder seien wichtig beim Vorantreiben dieser Themen, sie sind jedoch nur eine kleine Gruppe. Wenn sich eine kritische Masse von sehr vielen Menschen mit diesem Thema und der Wichtigkeit von nichtökonomischen Fragen auseinander setzten würde sich irgendwann auch die Bürokratie bewegen. Es reiche nicht aus, bloß auf die Missstände hinzuweisen um sie zu ändern. Dies sei zwar schwierig, sie sei jedoch optimistisch, dass sich durch Verschiebung von finanziellen Ressourcen und auch von humanen Ressour-

cen an den wichtigen Stellen einige Diskursverschiebungen und Veränderungen durch langfristige Strategien möglich seien. Auch im IWF gebe es diesbezüglich sehr viele Widerstände und es bräuchte sehr viel Unterstützung.

Der **Vorsitzende** bittet vor seinen abschließenden Worten Prof. Dr. Pawan Surana zu sprechen.

Da keine direkte Nachfrage zu ihrem Referat gestellt wurde, geht **Prof. Dr. Pawan Surana** noch einmal auf das Thema Gewalt ein. Beim Umgang mit Gewalt und Terrorismus und den Anschlägen in den USA, müssten die Täter bestraft werden. Müssten als Antwort auf diese unmenschliche Tat wiederum so viele Menschen getötet werden? Es sind die männlichen Führungskräfte, die diesen Fanatismus vertreten und zur Gewalt verführen. Bei der Suche nach Ursachen dürfe nebst Gender der religiöse Fanatismus nicht vergessen werden. Um gegen den Fundamentalismus anzugehen, müsste alles auf gleichberechtigter internationaler Ebene geschehen, denn Gewalt sei nicht die Antwort auf Gewalt.

**Dr. Achola Pala Okeyo** fügt eine Anmerkung hinzu hinsichtlich der Unsicherheit und des Waffenhandels. Auf dem afrikanischen Kontinent verzeichneten diejenigen Länder, in denen sehr viele Waffen schnell hin und her gehandelt würden, große Krisen hinsichtlich Governance. Die Tatsache dass private Waffenhändler das neue Recht hätten in einem liberalisierten Markt von einem Ort zum anderen zu tauschen gebe ihnen die Möglichkeit die Gewalt in einem Land auszudehnen. Es müsse etwas geschehen bezüglich der Herstellung und dem Vertrieb von Schusswaffen.

Zweitens erinnert das Thema Terrorismus an die ethnische Gewalt in afrikanischen Ländern. Wenn sie ausbreche habe sie immer schon eine lange Zeit geköchelt und wurde langsam aufgebaut, weil es während längerer Zeit tatsächliche oder scheinbare Ungleichheiten gab. Angesichts dieses langsamen Köchelns, diese Ungleichheiten oder dieses Ausgeschlossenensein aufgrund des Glaubens oder der regionalen Herkunft werde Governance sehr wichtig, es müsse verhindert werden dass die Probleme irgendwann ausbrechen denn gegenwärtig hätten wir das Problem - **Dr.**

**Achola Pala Okeyo** lebt in New York - dass die ganze Diskussion zum 11.9.2001

sehr ideologisiert worden sei, und nicht die Schlüsselfaktoren betrachtet worden seien, nämlich unter dieser langen Geschichte des langen Köchelns dieser Faktoren. Es sei ein Fingerzeig und es müsste erkannt werden wie Gender-Probleme und Macht eine terroristische Antwort herbeiführen könnten. Die Machtlosen und die Machthabenden hätten unterschiedliche Sichtweisen auf die Probleme, es gebe Probleme auf beiden Seiten. Wir müssten uns um die Ursachen des Problems kümmern. Wir müssten eintreten für ein größeres Engagement verschiedener mächtigen Länder. Die UNO habe sich in den letzten Jahren immer mehr wegbewegt von ihrer Rolle der Neutralität, und sich in vielen bilateralen Themen eingeschaltet. In den vergangenen Jahren sei sehr viel unter dem Banner der UNO geschehen was nicht hätte geschehen dürfen.

Der **Vorsitzende** dankt allen Gästen, die mit ihren Beiträgen den Kenntnisstand außerordentlich verbessert hätten und wünscht sich sehr, dass dies im Endbericht der Enquete-Kommission zum Ausdruck komme. Er dankt allen Kommissionsmitgliedern und nochmals Prof. Dr. Brigitte Young und dem zahlreichen Publikum. Es werde auch dem Bundestagspräsidium in geeigneter Form mitgeteilt werden dass dieses sehr zentrale Thema eine große öffentliche Aufmerksamkeit gefunden habe. Mit einem Dank an die Dolmetscherinnen und Dolmetscher und das Sekretariat schließt der Vorsitzende die Sitzung.

Ende der Sitzung: ca. 17.15 Uhr

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB  
- Vorsitzender -